



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLEN UND DIE KRISE DER EU

- **ANALYSE**
Polen und der (fehlende) EU-Diskurs
Reinhold Vetter, Warschau/Berlin 2
- **UMFRAGE**
Zur Europäischen Union und zum Euro 8

- **CHRONIK**
Vom 2. Juli bis zum 2. September 2013 19

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Polen und der (fehlende) EU-Diskurs

Reinhold Vetter, Warschau/Berlin

Zusammenfassung

Die Mehrheit der Polen steht weiterhin zur Europäischen Union. Doch angesichts der politischen und wirtschaftlich-finanziellen Krise der Gemeinschaft wachsen bei vielen Bürgern Zweifel und Skepsis. Es findet eine Rückbesinnung auf die nationale Identität statt. Bislang allerdings ist die politische Klasse des Landes kaum in der Lage, die Kernprobleme der EU öffentlich breiter zu diskutieren und das europäische Bewusstsein der Bürger wieder zu stärken. Im konservativ-nationalistischen Parteienspektrum will man das ohnehin nicht. Ein Beitritt Polens zur Eurozone ist für die nächsten Jahre nicht absehbar.

Noch ist die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union vor allem eine Erfolgsgeschichte. Durch die verstärkte Integration in die europäischen und internationalen Märkte seit 2004 hat die polnische Volkswirtschaft einen großen Sprung nach vorn gemacht. Mehr und mehr ausländisches Kapital floss ins Land, polnische Produkte wurden konkurrenzfähiger auf den globalen Märkten. Die wirtschaftlichen Subjekte des Landes, also Unternehmen, Finanzinstitute und Dienstleistungsfirmen, nahmen die Herausforderungen des EU-Beitritts an, auch wenn so manches Unternehmen die harte Konkurrenz auf dem Binnenmarkt nicht überlebte. Landwirtschaft und Infrastruktur profitierten von EU-Finanzmitteln. Polens Wirtschaft kam im europäischen Vergleich sehr gut durch die 2008 einsetzende Krise. Was den Lebensstandard der Bürger betrifft, so hat das Land im Vergleich zum EU-Durchschnitt erheblich aufgeholt. Auch das politische Gewicht Polens in der Gemeinschaft ist gestiegen, wenngleich Warschau im europäischen Machtpoker noch nicht mit Berlin, Paris und London mithalten kann.

Doch inzwischen mehren sich in Polen Zweifel und Skepsis, auch wenn die Mitgliedschaft des Landes in der EU mehrheitlich nicht angezweifelt wird. Die tiefgehende Staatsschuldenkrise, die in einigen Mitgliedsländern der Eurozone ausgebrochen ist, hat die Situation der Gemeinschaft grundlegend verändert. Das Hauptaugenmerk liegt nun darauf, die wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung in der Eurozone trotz des Fehlens einer politischen Union zu stärken. Ob die Maßnahmen greifen, ist derzeit schwer abzusehen.

Für Länder wie Polen, die sich weiterhin in einem Aufholprozess befinden, was die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Modernisierung angeht, kommt die Entwicklung in der Eurozone sehr unerwartet und ungelegen. Immerhin hatte man seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems 1989 alle Anstrengungen darauf gerichtet, sich dem als erfolgreich und unfehlbar geltenden Modell der EU anzunähern und seine Spielregeln zu übernehmen. Ein Aus-

einanderfallen der Eurozone würde zu Turbulenzen führen, die sich auch auf die ökonomische Entwicklung Polens sehr negativ auswirken könnten. 78 Prozent der polnischen Exporte gehen in die EU, darunter 55 Prozent in die Eurozone; auf der Importseite sind es 60 Prozent.

Hinzu kommt die innenpolitische Entwicklung in Polen. Auch die Schwäche der Regierung von Donald Tusk und das sinkende Ansehen des Regierungschefs, die Kämpfe innerhalb der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) als Seniorpartner der Koalition und die harten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen politischen Lagern im Vorfeld der Parlamentswahl 2015 sorgen für Skepsis und Verunsicherung in der Bevölkerung. Vermutlich gehen im Denken vieler Menschen innen- und europapolitische Sorgen Hand in Hand.

Tusk selbst hat in einer Rede am 11. Juli dieses Jahres im Beisein von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso diese Skepsis thematisiert, die teilweise sogar jene Polen ergriffen hat, die bislang von Europa regelrecht begeistert waren. So erklärte der Ministerpräsident, dass der Imperativ der Einigung des Kontinents, wie er nach dem Zweiten Weltkrieg und den beiden totalitären Systemen spürbar gewesen war, nun »geschwächt sei, wobei manche meinen, er schwinde völlig«. Tusk weiter: »Auch die Epoche des ständigen Wachstums und der Glaube, dies könne sich weiter fortsetzen, ist zu Ende.« Besonders für junge Menschen habe Europa aufgehört, ein Quell der Hoffnung auf eine stabile Existenz zu sein.

Der liberal-konservative Donald Tusk umschrieb seine Haltung mit »optimistischem Skeptizismus«. Die Überzeugung, man arbeite in der Gemeinschaft an einer besseren Zukunft, sei am Ende. »Ich glaube nicht, dass eine schlechtere Welt kommen muss. Aber ebenso glaube ich nicht so recht, dass eine ideale Welt möglich ist.« Immerhin, betonte Tusk, sei die EU ein Raum des Friedens und der Kompromisse, wo Solidarität ein deklarerter Grundsatz sei, der aber nicht immer praktiziert werde. Die europäische Einigung sei wertvoll, dafür

werde in Warschau aber kein letztendliches Ziel formuliert. Tusk: »Es gibt jene, die einen großen Sprung machen und auf der Basis politischer Entscheidungen einen einheitlichen europäischen Staat schaffen wollen. Sie haben wohl gute Absichten. Doch vergessen sie nicht, dass der Plan vom großen Sprung den Utopien des 20. Jahrhunderts gefährlich nahe kommt? Aber auch die Stimmen, die ein karolingisches Europa und die EU auf einen exklusiven Klub reduzieren wollen, sind gefährlich. Denn wer einen engeren Klub gründet, der schließt immer jemanden aus.« Der Ministerpräsident abschließend: »Unser heutiges Europa ist miserabel, aber noch hat niemand ein besseres erfunden.«

Tusk zeigte sich mit dieser Rede ausnahmsweise nicht als gnadenloser Pragmatiker, der bei seinen öffentlichen Auftritten lediglich politischen Opportunitäten folgt, sondern als studierter Historiker, der politische Äußerungen auch in einen geschichtlichen Zusammenhang zu stellen vermag.

EU-Institutionen verlieren an Ansehen

Tusks Bewertung der europapolitischen Stimmung in Polen war richtig, wie mehrere Studien des Meinungsforschungsinstituts Centrum Badania Opinii Społecznej (CBOS) von Dezember 2012 sowie April und Mai 2013 und auch die Analysen polnischer *Think Tanks* belegen. Leider geht aus allen diesen Studien nicht hervor, was genau die Bürger Polens über die finanzielle und politische Krise der Europäischen Union wissen.

Auf jeden Fall sinkt die Zahl der Befürworter einer Mitgliedschaft Polens in der EU, auch wenn mehr als zwei Drittel der Polen immer noch dafür plädieren, dass ihr Land Mitglied der Gemeinschaft bleibt. Im Mai 2013 votierten 73 Prozent der von CBOS Befragten für den Verbleib Polens in der EU. Das war der niedrigste Wert seit dem EU-Beitritt des Landes im Jahr 2004. Ende 2012 lag das entsprechende Ergebnis noch bei 81 Prozent. Dieser Trend lässt sich in allen Bevölkerungsgruppen beobachten. Geht es um die politischen Parteien, dann ist die Zahl der Befürworter einer EU-Mitgliedschaft unter den Anhängern der *PO* von Donald Tusk, der *Demokratischen Linksallianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) von Leszek Miller und der *Polnischen Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*), dem Regierungspartner, nach wie vor sehr hoch (zwischen 82 und 93 Prozent), während die Wähler der nationalkonservativen Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) von Jarosław Kaczyński »nur« noch zu zwei Drittel (68 Prozent) damit einverstanden sind.

Auch die Institutionen der EU verlieren an Ansehen. Waren noch im Herbst 2009 63 Prozent der von CBOS Befragten mit der Tätigkeit des Europäischen Parlaments zufrieden, betrug die Zustimmung im April 2013

nur noch 48 Prozent. Ebenso sank die positive Bewertung der Europäischen Kommission im gleichen Zeitraum von 58 auf 46 Prozent. Im Frühjahr 2013 waren nur noch 36 Prozent mit der Tätigkeit der Europäischen Zentralbank einverstanden.

Zu beobachten ist außerdem eine schrittweise Rückbesinnung auf die nationale Identität. Betonten im Juni 2009 52 Prozent der von CBOS Befragten, sie seien ausschließlich Polen, so waren dies im April 2013 schon 60 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil derer, die sich sowohl als Europäer als auch als Polen bezeichneten, von 45 auf 35 Prozent. Dabei scheint das europäische Bewusstsein vor allem vom Bildungsgrad abzuhängen. Während 76 Prozent der Befragten mit einfacher Bildung erklärten, sie seien ausschließlich Polen, meinten 65 Prozent der höher Gebildeten, sie fühlten sich sowohl als Polen als auch als Europäer (April 2013).

Schließlich findet die Art und Weise des EU-Krisenmanagements der letzten Jahre, bei dem vor allem die Regierungen in Berlin, Paris und London die entscheidenden Weichen stellten, auch seinen Niederschlag im Bewusstsein der polnischen Bürger. So meinten 73 Prozent der von CBOS Befragten (April 2013), dass die stärksten Mitgliedsstaaten der EU (Deutschland, Frankreich und Großbritannien) den größten Einfluss in der Gemeinschaft hätten.

Geht es um die bisherige Bilanz der Mitgliedschaft Polens in der EU, dann erklärten im Mai 2013 54 Prozent der von CBOS Befragten, diese sei eher nützlich denn schädlich gewesen. Im April 2010 hatten noch 65 Prozent erklärt, Polen habe von der Mitgliedschaft vor allem profitiert. Inzwischen meinen nur noch 34 Prozent der Bürger, Europa müsse sich noch stärker integrieren, während Mitte 2009 noch 48 Prozent dieser Ansicht waren.

Fazit: Auch wenn sich das Europabewusstsein in Polen nicht dramatisch verschlechtert hat, so zeigt die Tendenz doch deutlich nach unten. Dies ist allerdings kein originär polnisches Phänomen. Auch in den anderen Mitgliedsstaaten der EU schwindet das Vertrauen in die Gemeinschaft und speziell ihre Institutionen, wie das Brüsseler »Eurobarometer« mehrfach gezeigt hat.

Auch in Polen sind Politikexperten der Ansicht, dass die nächste Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 zu einer »kalten Dusche« für die EU werden kann. Euroskeptische Kräfte vor allem aus dem rechten Parteienspektrum, so heißt es, könnten bei dem Urnengang vorn liegen. Möglicherweise werde die Wahlbeteiligung noch niedriger als im Jahr 2009 ausfallen, als sie 24,53 Prozent betrug.

Das allerdings hindert die »Strategen« im polnischen Außenministerium nicht daran, schon jetzt Planspiele für die künftige Besetzung der EU-Kommission zu betrei-

ben. So denkt man gezwungenermaßen auch über Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten nach, nachdem Ministerpräsident Donald Tusk im Juni dieses Jahres mitteilte, er plane keinen Wechsel an die Spitze dieser Institution. Zuvor hatte er einen solchen Schritt durchaus in Betracht gezogen. Der Verzicht von Tusk wurde in den polnischen Medien auch dahingehend kommentiert, er wolle dadurch die Chance von Außenminister Radosław Sikorski erhöhen, die Nachfolge der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton anzutreten. Hinter den Kulissen der politischen Parteien in Polen hat auch bereits das Rennen der Kandidaten um die besten Wahllistenplätze bei der nächsten Europawahl begonnen.

Innenpolitische Themen dominieren die politische Debatte

Bislang ist die wachsende Skepsis und sogar Angst vieler Bürger in Bezug auf die EU und die Perspektiven Europas allgemein kaum Anlass für die politische Klasse in Polen und speziell die Regierung Tusk, das Thema öffentlich breiter zu erörtern und schon jetzt für die Teilnahme an der nächsten Europawahl zu werben. Dieses Manko gilt auch und gerade für den Regierungschef. So brachte Tusk es fertig, der meinungsbildenden Wochenzeitung »Polityka« im Mai dieses Jahres ein längeres, grundsätzliches Interview zu geben, ohne die EU-Krise auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Er verwies lediglich auf die bekannte Tatsache, dass das politische Gewicht Polens in Europa gestiegen sei, und dazu gehöre, dass man sich auch in anderen Mitgliedsstaaten einen polnischen Präsidenten der EU-Kommission vorstellen könne. Das Interview erschien vor seinem Verzicht auf die Bewerbung für dieses Amt. Tusks schon erwähnte Rede am 11. Juli dieses Jahres war eine der ganz seltenen Ausnahmen, bei denen er grundsätzlich auf die EU-Problematik einging.

Etwas aktiver ist da schon Außenminister Sikorski, wengleich auch er deutliche Worte zur EU-Krise fast nur bei seinen Auftritten im Ausland »riskiert«, so etwa bei seiner Rede in Berlin am 28. November 2011 oder in einem Interview mit der renommierten amerikanischen Zeitschrift »Foreign Affairs« im Mai 2013. In Polen selbst sind seine europapolitischen Stellungnahmen hauptsächlich von der Art des Interviews, das er am 19. Mai dieses Jahres der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« gab. Darin hob Sikorski hervor, dass sich Polen in einer starken, innereuropäischen Position sehe. Sein Land, so der Außenminister, gehöre zu einer kleinen Gruppe von fünf oder sechs Staaten, gegen die in der EU keine Entscheidung fallen könne. Es sei einzigartig in der polnischen Geschichte, dass westeuropäische Staaten Polen überreden wollten, sich »ihrem Klub« (d. h. der Eurozone – R.V.) anzuschließen.

Diese polnische Position, betonte der Minister, verlange ambitioniertes Handeln. Die Wirtschaft müsse doppelt so stark werden wie jetzt, die Armee müsse in die Lage versetzt werden, das Land allein zu verteidigen. Polen, so Sikorski, müsse Quelle von Innovationen werden. Der Minister wörtlich: »Es bleibt viel zu tun. Doch diese Ziele können im Laufe einer Generation erreicht werden.« Bei der Lektüre solcher Interviews fühlt man sich veranlasst, Sikorski eine Vernebelungstaktik gegenüber seinen Landsleuten in Sachen EU-Krise anzulasten, auch wenn seine Forderung nach ambitioniertem Handeln natürlich nicht falsch ist. Ähnlich wie das Interview für die »Gazeta Wyborcza« lesen sich auch die »Prioritäten der polnischen Außenpolitik 2012–2016«, die von der Homepage des polnischen Außenministeriums heruntergeladen werden können. Ebenso bei Reden im Sejm, so am 20. März dieses Jahres, vermeidet es Sikorski, deutlicher zur Krise der EU Stellung zu nehmen. Auch wenn sich Finanzminister Jacek Rostowski zu europapolitischen Fragen äußert, ist das immer sehr fachspezifisch, etwa hinsichtlich der Politik der Europäischen Zentralbank oder bestimmter finanzpolitischer Rettungsmaßnahmen für Länder wie Griechenland.

Wie in den meisten Mitgliedsstaaten der EU dominieren innenpolitische Themen die öffentliche Debatte in Polen. Dabei reicht das Spektrum der Themen vom Vertrauensverlust gegenüber der Regierung Tusk in der Bevölkerung und den »Erfolgen« der nationalkonservativen Opposition um Jarosław Kaczyński in den Meinungsumfragen über den innerparteilichen Machtkampf in der *PO* bis hin zum Gedenken des Warschauer Aufstands von 1944 und dem immerwährenden Streit über den Absturz der Präsidentenmaschine vor Smolensk im April 2010. Wohlwollende, um Objektivität bemühte Beobachter der politischen Szene in Polen verstehen nicht, warum der Streit über den Film »Unsere Mütter, unsere Väter« des Zweiten Deutschen Fernsehens die polnischen Medien weitaus mehr beschäftigt hat als die europapolitische Debatte.

Beitritt zur Eurozone nicht absehbar

Auch wenn sie öffentlich eher wenig dazu sagt, beobachtet die Regierung Tusk die Entwicklung in der EU und speziell in der Eurozone sehr genau, zumal die weitere politische, ökonomische und soziale Entwicklung Polens auch und gerade vom weiteren Geschehen auf dem Kontinent abhängen wird. Der Präsident der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP), Marek Belka, bestätigte dies bei einem Vortrag am 3. Juni dieses Jahres in Berlin, als er sagte, man sei sich nicht sicher, was mit dem Euro passiere und ob die legislativen und finanziellen Anstrengungen gerade in der Eurozone ausreichen, die drohenden Gefahren abzuwehren. Das

Ungleichgewicht in der Eurozone, so Belka, nähme zu. Und dies, so der Nationalbankchef, habe natürlich auch politische Konsequenzen. Piotr Serafin, Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten im Außenministerium, betonte Ende Juli dieses Jahres in einem Interview mit der Tageszeitung »Rzeczpospolita«, die EU müsse sich vor allem auf die Stabilisierung der Eurozone konzentrieren. Andere Themen jedweder Art müssten dahinter zurückstehen. Salopp interpretiert könnte das heißen: Bringt erst einmal euren Laden in Ordnung, dann werden auch wir Polen beitreten.

Zusammengefasst folgt die polnische Regierung gegenwärtig vier Grundsätzen:

- Beitritt zur Eurozone als strategisches Ziel ohne Angabe eines konkreten Datums,
- aufmerksame Begleitung der politischen Entwicklung in der Eurozone, wenn es um Eurobonds, Bankenunion, Europäische Fonds, Finanztransaktionssteuer und Politik der Europäischen Zentralbank geht, und gegebenenfalls Intervention, wenn man polnische Interessen gefährdet sieht,
- Beschleunigung der Konsolidierung des Staatshaushalts und aller Reformen, die zu einer stärkeren Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Wirtschaft führen (Arbeitsmarkt, Rentensystem, Förderung neuer Technologien in der Wirtschaft, Entbürokratisierung), wengleich die Tusk-Regierung zunehmend an Kraft verliert, derartige Reformen voranzutreiben,
- der Wunsch, aus den Fehlern der Krisenländer in der EU zu lernen und die polnische Wirtschaft in einem guten Zustand in die Eurozone zu führen.

Dabei ist die Regierung grundsätzlich positiv gegenüber allen Maßnahmen eingestellt, die zu einer Stärkung der »Gemeinschaftsmethode« in der EU und der europäischen Institutionen führen. Man ist weder an einem Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten noch an einer verstärkten Zusammenarbeit einzelner EU-Staaten interessiert, da dies, so die Befürchtung, Polen an den Rand des Geschehens drängen könnte. Polen, so die Regierung, stehe für mehr anstatt für weniger Europa, denn eine Spaltung der Gemeinschaft könne populistische und nationalistische Tendenzen fördern.

Geht es um die europäische Diskussion, ob die Wachstumsförderung oder eine rigide Sparpolitik im Vordergrund stehen müsse, dann nimmt die polnische Regierung eher eine mittlere Position ein, was darin begründet liegt, dass Polen noch enormen Nachholbedarf hinsichtlich wirtschaftlicher Leistung, Qualität der Infrastruktur und Lebensstandard seiner Bürger hat. Wachstumsförderung bedeutet für sie vor allem die Garantie, weiterhin eine angemessene Förderung aus dem EU-Haushalt zu bekommen, und nicht das Auflegen spezieller und teurer Wachstumspakete sowie die

Beseitigung nach wie vor bestehender Hemmnisse auf dem Binnenmarkt (Dienstleistungsfreiheit, Anerkennung von Berufs- und Studienabschlüssen).

Bislang hat die polnische Regierung alle Schritte hin zu einer starken Fiskal- und Bankenunion befürwortet und ist sowohl dem Fiskalpakt als auch dem Euro-Plus-Pakt beigetreten. Allerdings legt sie hinsichtlich der Bankenaufsicht eine gewisse Vorsicht an den Tag, weil sie befürchtet, dass diese internationale Finanzgruppen veranlassen könne, Kapital aus Polen abzuziehen.

Bereits 2004 hatte sich Polen mit dem Beitritt zur Europäischen Union auch verpflichtet, die Gemeinschaftswährung Euro einzuführen. Doch seither hat keine der polnischen Regierungen unterschiedlicher politischer Couleur Entschlossenheit bei der Verwirklichung dieses Ziels an den Tag gelegt bzw. wurde das Thema sogar ignoriert oder vertagt.

Aus politisch-strategischen Gründen würde die jetzige Regierung von Ministerpräsident Tusk gern eine schnellere Gangart bei der Einführung des Euro einschlagen, weil sie befürchtet, dass Polen von der Teilnahme an wichtigen Entscheidungen zur Konsolidierung der Eurozone ausgeschlossen und damit an den Rand der EU gedrängt werden könnte. So bezeichnet sie die Übernahme des Euro als wichtiges Ziel, ohne aber ein konkretes Datum für diesen Schritt zu benennen.

Das hat zum einen ökonomische Gründe. So erfüllt Polen gegenwärtig nur bei der allgemeinen Staatsverschuldung mit knapp 56 Prozent das Maastricht-Kriterium (Referenzwert 60 Prozent), während das Haushaltsdefizit mit 3,9 Prozent (2012) und die Inflationsrate mit 3,6 Prozent weiterhin über dem Maastricht-Wert von 3 Prozent liegen. Finanzminister Rostowski deutete an, man könne bis 2015 alle Maastricht-Kriterien erfüllen.

Zum anderen sind es politische und verfassungsrechtliche Gründe, die Tusk und sein Kabinett zur Vorsicht mahnen. So haben verschiedene Umfragen übereinstimmend gezeigt, dass gegenwärtig nur etwa 30 Prozent der polnischen Bürger mit der Übernahme des Euro einverstanden sind. In den Jahren 2000 und 2009 lag dieser Wert bei 64 bzw. 53 Prozent. Hinzu kommt, dass die nationalkonservative Opposition in Gestalt von *PiS*, die bei Umfragen zu den Parteipräferenzen der Bürger in den letzten Monaten mehrfach vor der *PO* lag, kräftig Stimmung gegen die Übernahme des Euro macht.

Außerdem lässt sich die Abschaffung des Zloty und die Einführung des Euro nur über eine Änderung der Verfassung bewerkstelligen. Tusk selbst hat in einem Interview mit der »Gazeta Wyborcza« eingeräumt, dass seiner Regierung die notwendige parlamentarische Mehrheit für eine solche Verfassungsänderung fehlt. Sein Gefühl, so der Regierungschef weiter, sage

ihm, dass es auch in der kommenden Legislaturperiode 2015 keine Mehrheit dafür geben werde. Demgegenüber erklärte der polnische EU-Kommissar, Janusz Lewandowski, verantwortlich für den Haushalt der Gemeinschaft, dass die Einführung des Euro nach der Wahl in den Jahren 2015–16 durchaus möglich sei. Auch das von der Opposition ins Spiel gebrachte Referendum über die Euro-Einführung, das allerdings keine verfassungsrechtlichen Konsequenzen hätte, wird von der Regierung nur mit aller Vorsicht kommentiert.

Für Aufsehen sorgte Nationalbankchef Marek Belka im April dieses Jahres, als er während einer Konferenz, die von Staatspräsident Bronisław Komorowski einberufen worden war, Sonderbedingungen für Polen beim Beitritt zur Eurozone verlangte. Sein Land, so Belka, könne nicht, wie EU-rechtlich eigentlich vorgeschrieben, vor der Einführung des Euro seinen Wechselkurs zwei Jahre lang einfrieren, damit dieser nur maximal 15 Prozent von einem fixierten Kurs abweicht. Belka begründete seinen Widerstand gegen die zweijährige Anbindung des Zloty an den Euro mit dem Hinweis, dass Polen zum Schaden seines Exports möglicherweise dazu gedrängt werden könne, einen zu hohen Wechselkurs festzulegen. Außerdem, betonte Belka, könne die Sicherung eines solchen festen Kurses »viel Geld kosten«, da der Zloty mittlerweile an den internationalen Devisenmärkten in sehr großen Volumina gehandelt werde. Der NBP-Chef wörtlich: »Wir sollten öffentlich deutlich machen, dass uns das Kriterium der Kursstabilität den Beitritt zur Eurozone verwehrt. Wenn ihr wirklich wollt, dass wir der Eurozone beitreten, dann ladet uns ohne dieses Kriterium ein. Ist das unverschämt? Ja, aber so sollte man es machen.« Natürlich weiß Belka, dass es nicht leicht sein wird, einen solchen Sonderweg für Polen durchzusetzen, da die Europäischen Verträge für den Beitritt zur Eurozone bestimmte Vorgaben enthalten. Aber, so merkte er an, man könne ja ein »elastisches Vorgehen« wählen.

Nicht zum Kern der Sache

Wer jenseits der Regierung und des Parlaments beschäftigt sich intensiver mit der Europäischen Union bzw. mit der Krise der Gemeinschaft? Innerhalb des Parteienspektrums stehen die national-konservative *PiS*, *Solidarisches Polen* (*Solidarna Polska*) und *Polen ist das Wichtigste* (*Polska Jest Najważniejsza*) für eine skeptische oder gar ablehnende Haltung gegenüber der EU. Umfragen haben ergeben, dass die Mitglieder dieser Parteien auch einer Übernahme des Euro skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen. Die meisten von ihnen können sich eine Abschaffung des Zloty überhaupt nicht vorstellen. Generell, so heißt es, solle man abwarten, wie sich die Lage in der Eurozone entwickle. Im konservativen bzw.

rechten Lager befürchtet man, dass es im Zuge einer stärkeren wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung in der Eurozone zur Bildung eines europäischen Superstaates und zu einer deutschen Dominanz kommen könne. Besonders in der Partei *Solidarisches Polen* wird betont, Polen solle das Projekt Euro überhaupt an den Nagel hängen und sich stattdessen auf die Stärkung des eigenen Staates und seiner Wirtschaft konzentrieren. Rechtsradikale Gruppierungen wie das *National-Radikale Lager* (*Obóz Narodowo-Radykalny – ONR*) können sich die EU, wenn überhaupt, nur als ganz lose Föderation vorstellen. Andernfalls, so sagen sie, müsse Polen aus der Gemeinschaft austreten.

Das Spektrum der Links- bzw. Mitte-Links-Parteien – *SLD*, *Polnische Sozialdemokratie* (*Socjaldemokracja Polska*), *Demokratische Partei* (*Partia Demokratyczna*) und *Verständigung für die Zukunft – MitteLinks* (*Porozumienie dla Przyszłości – CentroLewica*) – gibt sich gemeinsam europafreundlich, nutzt die Debatte über die EU-Krise aber auch für die parteipolitische Auseinandersetzung und die Aufstellung konkurrierender Kandidatenlisten für die Europawahl im Jahr 2014.

Während besonders von der *SLD* wenig Konkretes kommt, hat die Initiative *Europa Plus*, die vom ehemaligen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski und dem Vorsitzenden der *Palikot Bewegung* (*Ruch Palikota*), Janusz Palikot, gegründet wurde, dazu aufgerufen, Zukunftsfragen der EU öffentlich breiter zu diskutieren: die weitere Integration der Gemeinschaft, die Außenpolitik der EU, die Zukunft der Eurozone, Zentralismus und Subsidiarität, demographische Probleme, technologische Revolution und Globalisierung. Die Initiative hat angekündigt, genauere Vorschläge zur Lösung all dieser Probleme vorzulegen.

Der Regierungspartner *PSL* äußert sich zu Europafragen höchstens dann, wenn es um das Schicksal der polnischen Landwirtschaft geht.

Ansonsten wird über die politische und wirtschaftlich-finanzielle Krise der EU hauptsächlich in *Think Tanks* wie der Fundacja im. Stefana Batorego, der Fundacja demosEuropa und dem European Council on Foreign Relations diskutiert. Dort kommen durchaus kontroverse Modelle für die Lösung der Zukunftsfragen der EU zur Sprache, doch sind dies in der Regel Veranstaltungen, die eher kleinere Kreise eines politisch- und speziell europapolitisch interessierten intellektuellen Publikums anziehen.

Als Beobachter der öffentlichen Debatte in Polen gewinnt man den Eindruck, dass kaum jemand wirklich zu den Kernfragen vordringt und sich bemüht, diese einem breiteren Publikum zu erläutern bzw. Lösungsvorschläge zu verbreiten, insbesondere

- zur Vertrauenskrise in die Autorität des Rechts,

- zur Krise der Demokratie sowie zur fehlenden demokratischen Legitimierung von Entscheidungen der EU-Institutionen,
- zur Unsicherheit über die Zukunft der EU hinsichtlich ihrer Erweiterung und Vertiefung.

Inhaltliche Initiativen, so gut oder schlecht sie auch sein mögen, insbesondere die Forderung des britischen Premierministers David Cameron nach einer Überprüfung aller EU-Kompetenzen und die »54 Aktionspunkte« der niederländischen Regierung von Ministerpräsident Mark Rutte, wurden in den polnischen Medien zwar gemeldet, aber von Politikern und Publizisten nicht eingehend diskutiert.

Politische Stellungnahmen bewegen sich in der Regel auf der Ebene wie ein Interview von Staatspräsident Bronisław Komorowski für die »Gazeta Wyborcza«, in dem er sich für eine weitere europäische Integration in praktischen Schritten, wie die Bekämpfung der Krise und den Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, aussprach. Damit, so der Präsident, stärke man die Union schneller als mit der theoretischen Debatte über eine Föderation.

Der Publizist Marek Beylin schrieb ebenfalls in der »Gazeta Wyborcza«, viele Politiker empfänden eine vertiefte EU-Integration lediglich als adäquates Instrument, um deutsche Stärke zu begrenzen bzw. der EU zugutekommen zu lassen. Ebenso seien viele Politiker der Meinung, dass ihre Gesellschaften eine stärkere Union nicht

akzeptieren würden. Doch das Gegenteil, so Beylin, sei richtig: Die eigentliche Besorgnis der Bürger gelte einem Auseinanderfallen der Union.

Es scheint, als hätten die politische Klasse und die politischen Publizisten in Polen Angst davor, Klartext über die Krise der EU zu reden. Vielleicht stimmt aber auch das, was Nationalbankpräsident Marek Belka während seines Vortrags in Berlin am 3. Juni dieses Jahres erklärte: Nach 45 Jahren Sozialismus sei die politische Klasse seines Landes noch wenig geübt in der Rezeption und Bewertung internationaler Probleme. Er selbst, so Belka, habe im geldpolitischen Rat der Polnischen Nationalbank bei Diskussionen das Problem, einen breiteren Zusammenhang entwerfen zu müssen.

Der polnische Publizist Adam Krzemiński hatte vollkommen recht, als er in der deutsch-polnischen Zeitschrift »Dialog« schrieb: »Der Nationalstaat geht im vereinten Europa nicht ganz unter, aber die Demokratie ist gehalten, auch postnationale Formen hervorzubringen. Die große europäische Debatte über die postnationale Demokratie ist bereits in vollem Gange. Es wäre mehr als wünschenswert, dass auch Polen hierzu einen konstruktiven Beitrag leistet.«

Doch ist dies nur ein polnisches Manko? Sicher nicht, denn auch in allen anderen EU-Staaten sowie in Brüssel dringt die Europadebatte nur selten zum Kern des Problems vor.

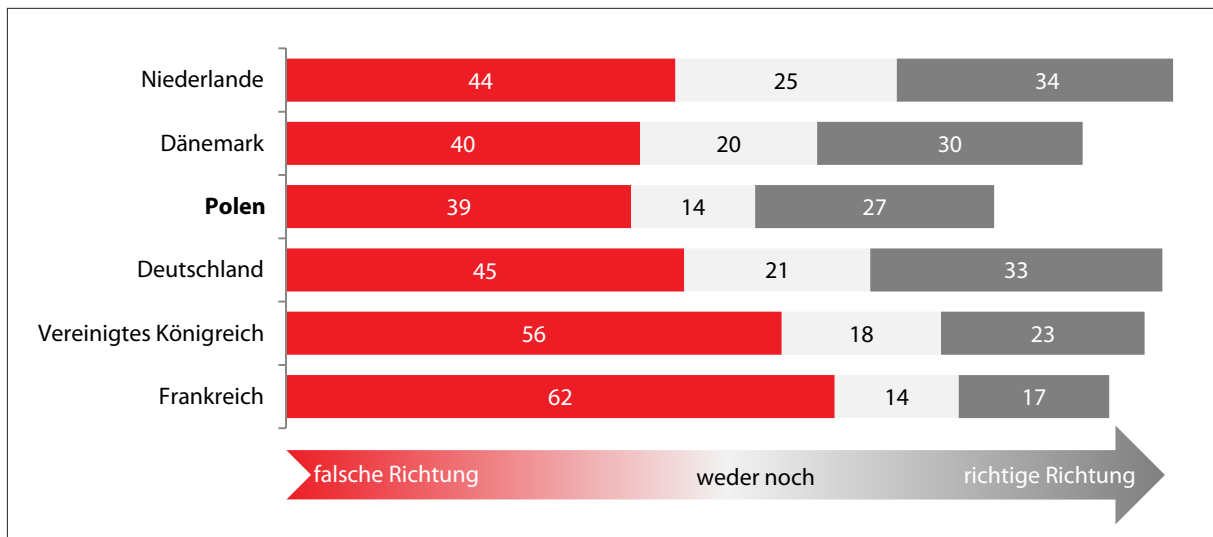
Über den Autor

Reinhold Vetter, Ingenieur und Politikwissenschaftler, lebt als freier Publizist in Warschau und Berlin. Im Herbst wird seine Biographie über Bronisław Geremek, »Europäer und polnischer Patriot«, im Berliner Wissenschafts-Verlag erscheinen.

UMFRAGE

Zur Europäischen Union und zum Euro

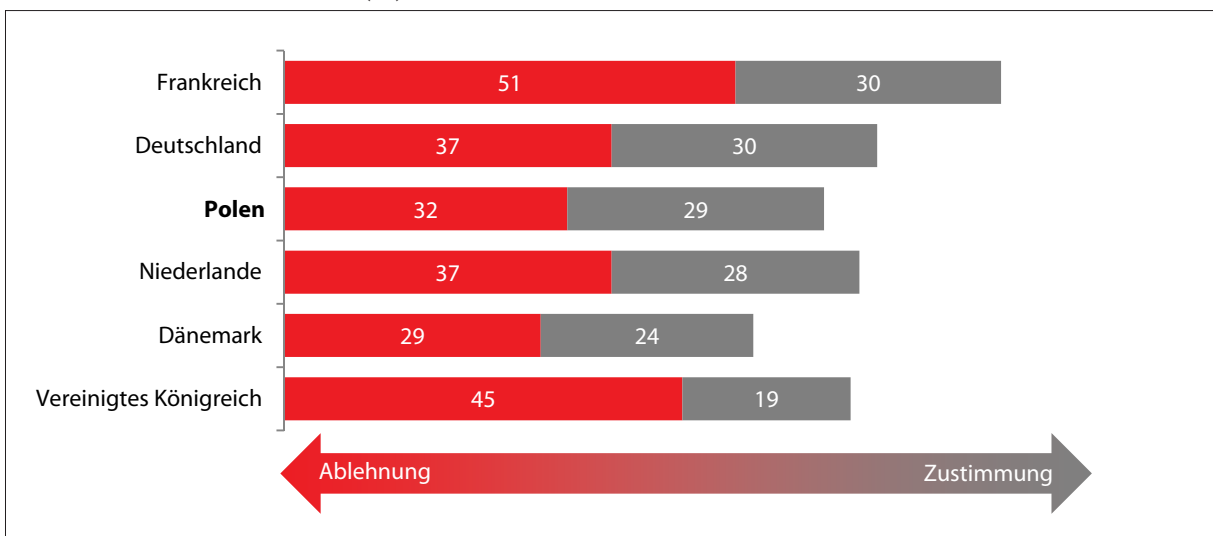
Grafik 1: Laufen die Dinge in die richtige oder in die falsche Richtung in der Europäischen Union? (%)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in den betreffenden Ländern durchgeführt.

Quelle: The Gallup Organisation – Europe; zu den zugrunde liegenden Umfrageergebnissen und der Methode siehe: <http://www.gallup.com/strategicconsulting/162908/election-2014-countdown-one-year.aspx> (abgerufen am 2. September 2013).

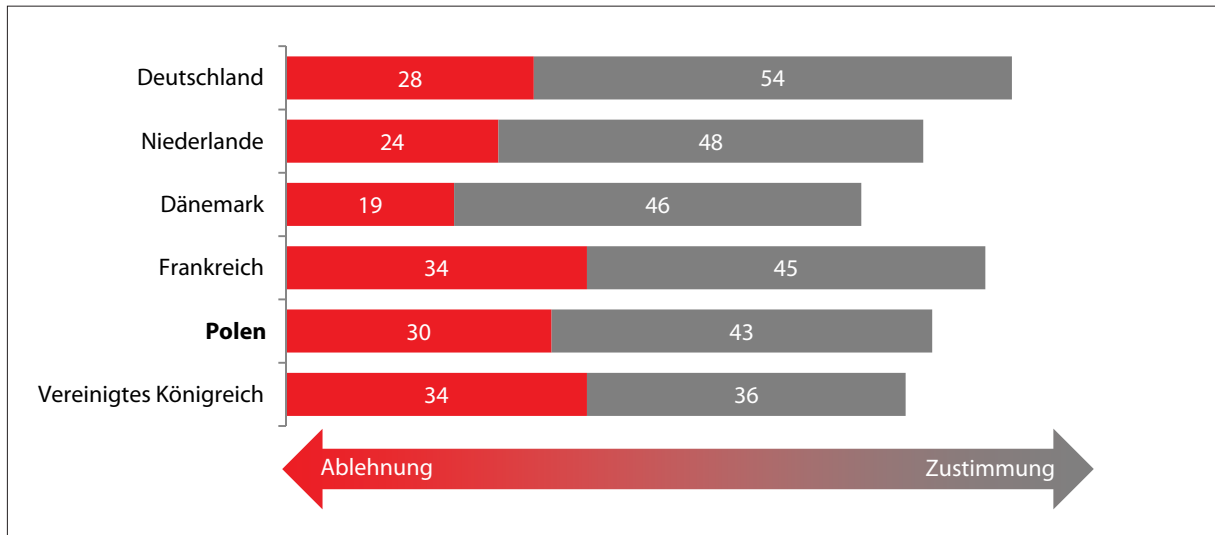
Grafik 2: Befürworten Sie die Führungsrolle Frankreichs in der Europäischen Union oder lehnen Sie sie ab? (%)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in den betreffenden Ländern durchgeführt.

Quelle: The Gallup Organisation – Europe; zu den zugrunde liegenden Umfrageergebnissen und der Methode siehe: <http://www.gallup.com/strategicconsulting/162908/election-2014-countdown-one-year.aspx> (abgerufen am 2. September 2013).

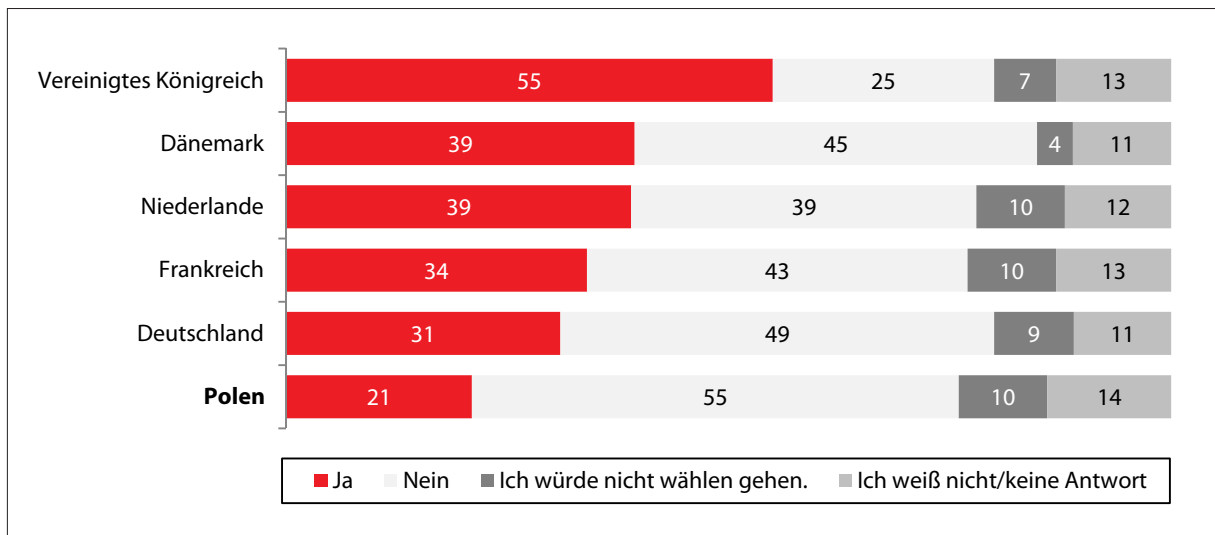
Grafik 3: Befürworten Sie die Führungsrolle Deutschlands in der Europäischen Union oder lehnen Sie sie ab? (%)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in den betreffenden Ländern durchgeführt.

Quelle: The Gallup Organisation – Europe; zu den zugrunde liegenden Umfrageergebnissen und der Methode siehe: <http://www.gallup.com/strategicconsulting/162908/election-2014-countdown-one-year.aspx> (abgerufen am 2. September 2013).

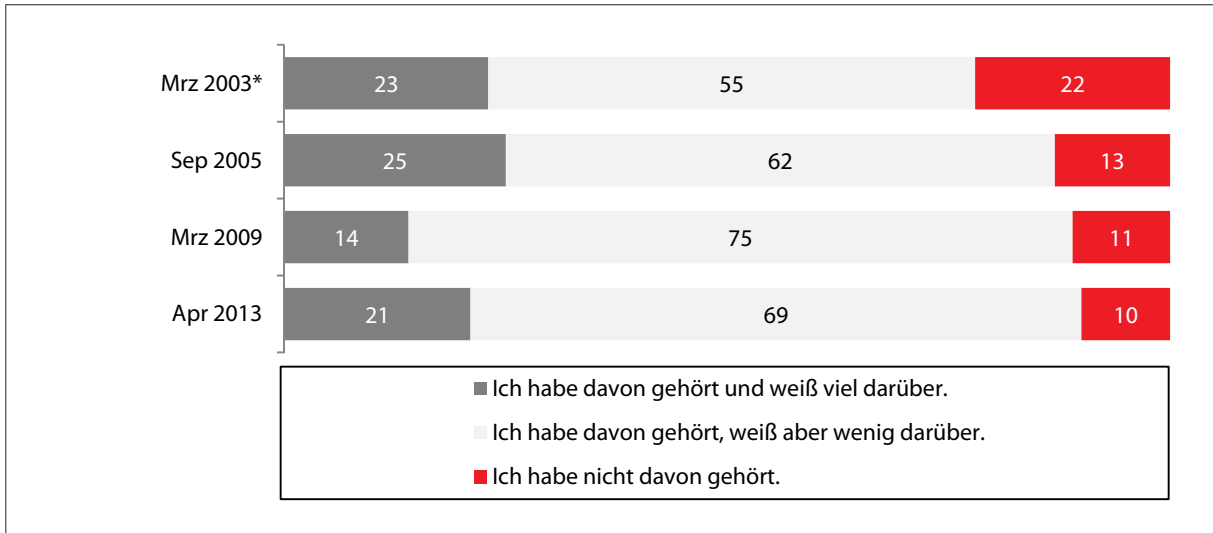
Grafik 4: Wie würden Sie entscheiden, wenn nächste Woche ein Referendum darüber wäre, ob unser Land in der EU bleiben oder die EU verlassen sollte? (%)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in den betreffenden Ländern durchgeführt.

Quelle: The Gallup Organisation – Europe; zu den zugrunde liegenden Umfrageergebnissen und der Methode siehe: <http://www.gallup.com/strategicconsulting/162908/election-2014-countdown-one-year.aspx> (abgerufen am 2. September 2013).

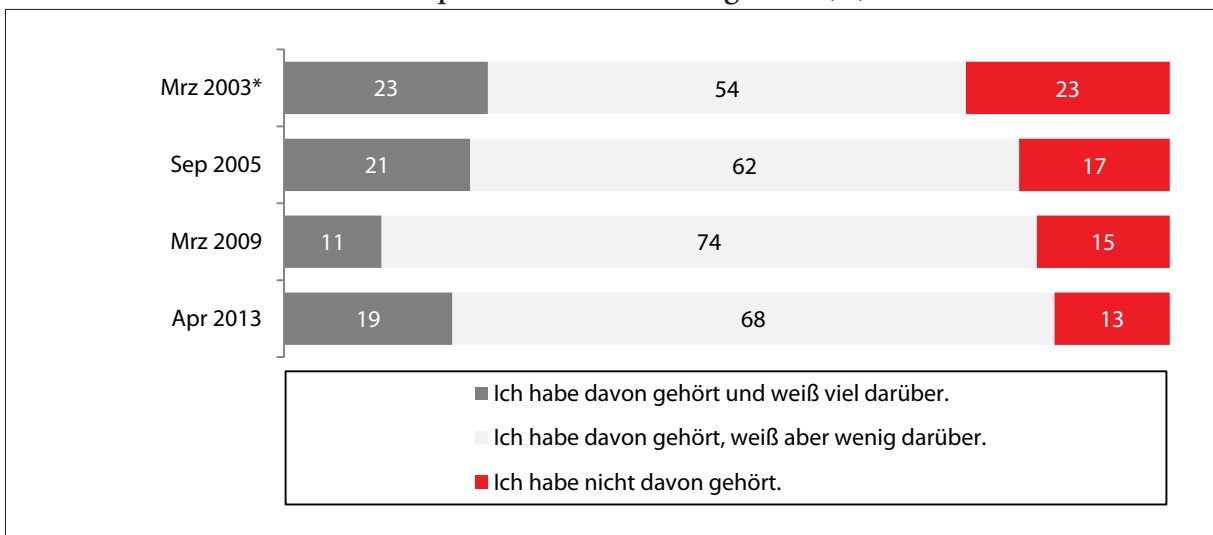
Grafik 5: Haben Sie vom Europäischen Parlament gehört? (%)



*Daten des Instytut Spraw Publicznych (ISP)

Quelle: CBOS BS/56/2013 *Institucje i obywatele w Unii Europejskiej [Institutionen und Bürger in der Europäischen Union]*. Warszawa 04/2013. www.cbos.pl

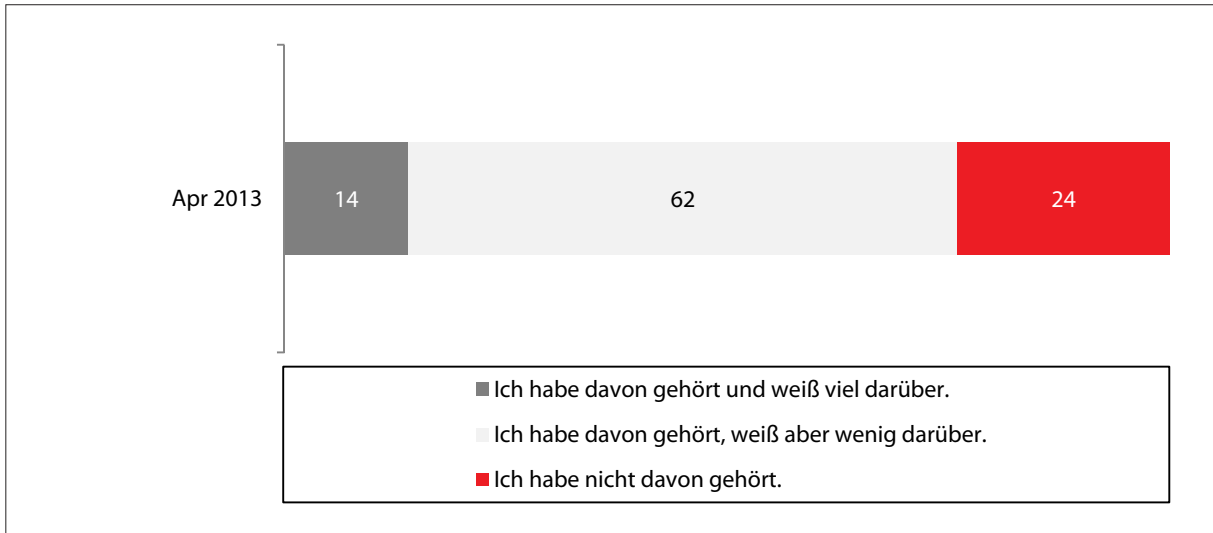
Grafik 6: Haben Sie von der Europäischen Kommission gehört? (%)



*Daten des Instytut Spraw Publicznych (ISP)

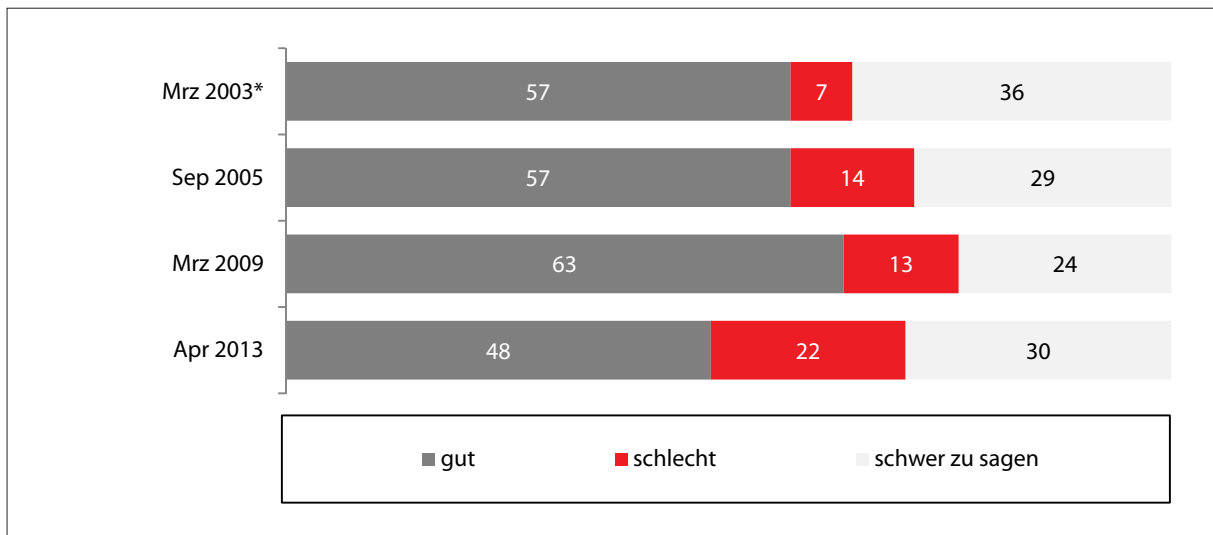
Quelle: CBOS BS/56/2013 *Institucje i obywatele w Unii Europejskiej [Institutionen und Bürger in der Europäischen Union]*. Warszawa 04/2013. www.cbos.pl

Grafik 7: Haben Sie von der Europäischen Zentralbank gehört? (%)



Quelle: CBOS BS/56/2013 *Instytucje i obywatele w Unii Europejskiej [Institutionen und Bürger in der Europäischen Union]*. Warszawa 04/2013. www.cbos.pl

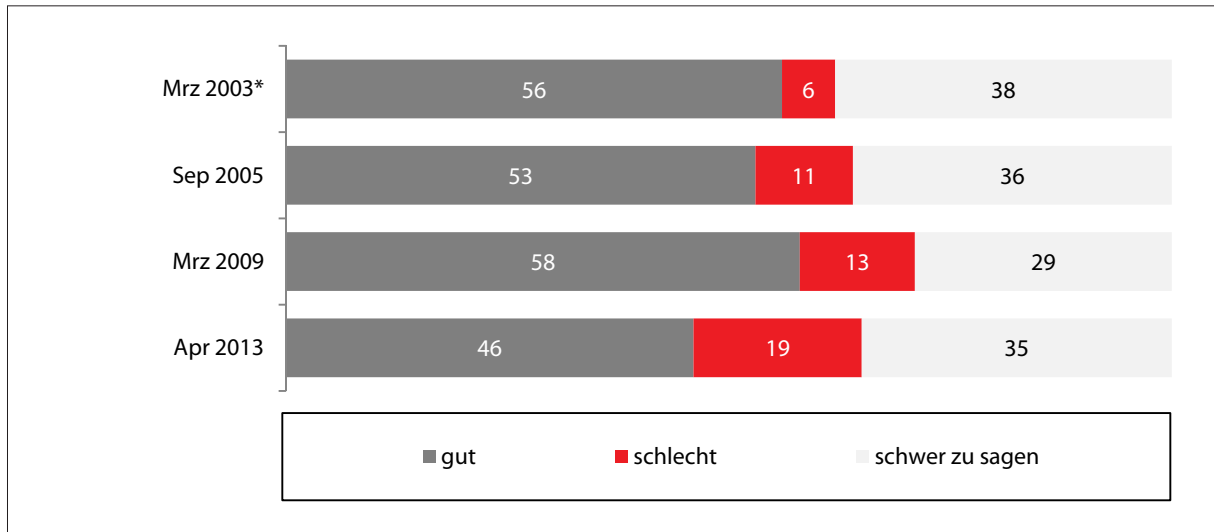
Grafik 8: Wie würden Sie im Allgemeinen die Tätigkeit des Europäischen Parlaments beurteilen? (%)



*Daten des Instytut Spraw Publicznych (ISP)

Quelle: CBOS BS/56/2013 *Instytucje i obywatele w Unii Europejskiej [Institutionen und Bürger in der Europäischen Union]*. Warszawa 04/2013. www.cbos.pl

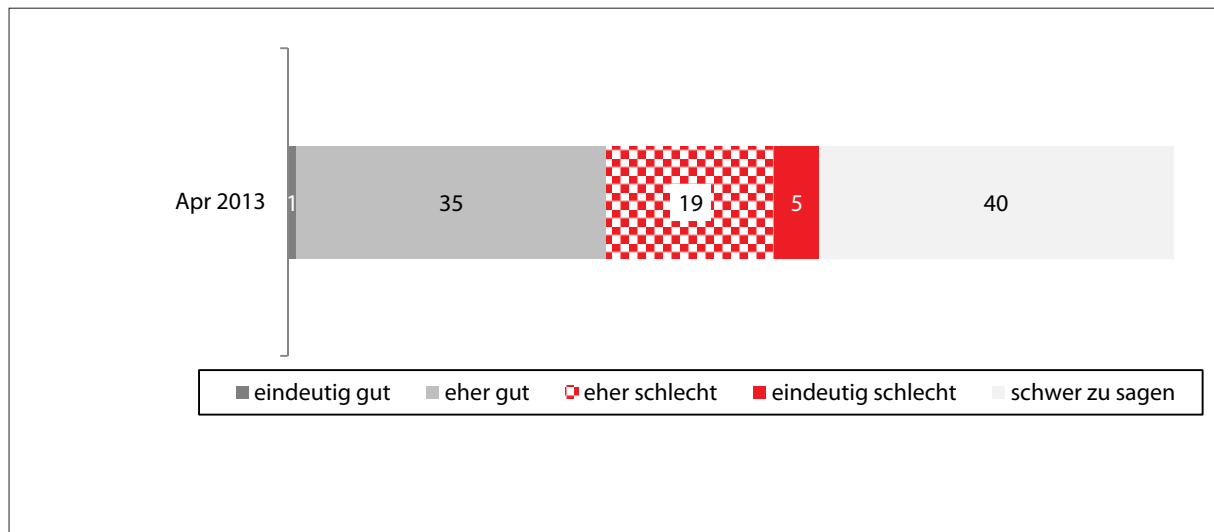
Grafik 9: Wie würden Sie im Allgemeinen die Tätigkeit der Europäischen Kommission beurteilen? (%)



*Daten des Institut Spraw Publicznych (ISP)

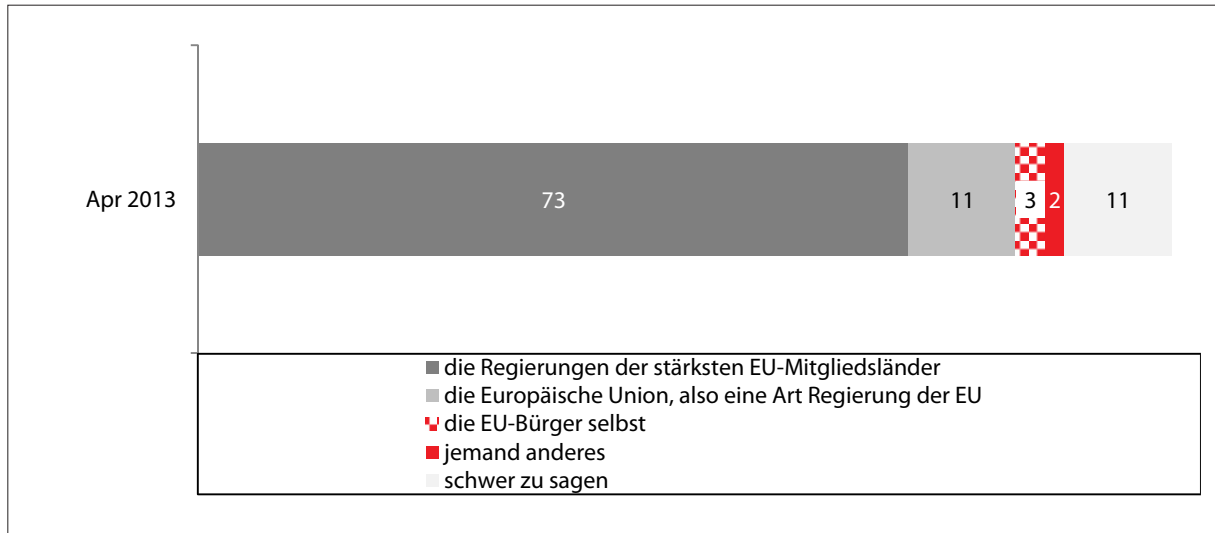
Quelle: CBOS BS/56/2013 Instytucje i obywatele w Unii Europejskiej [Institutionen und Bürger in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2013. www.cbos.pl

Grafik 10: Wie würden Sie im Allgemeinen die Tätigkeit der Europäischen Zentralbank beurteilen? (%)



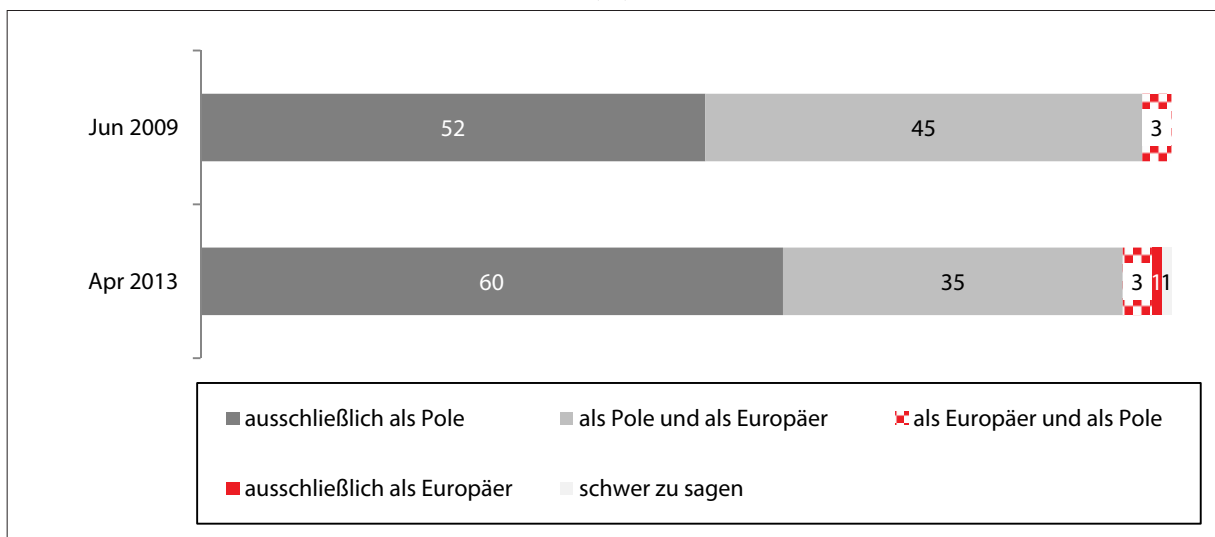
Quelle: CBOS BS/56/2013 Instytucje i obywatele w Unii Europejskiej [Institutionen und Bürger in der Europäischen Union]. Warszawa 04/2013. www.cbos.pl

Grafik 11: Wer hat Ihrer Meinung nach den größten Einfluss auf die Politik der EU? (%)



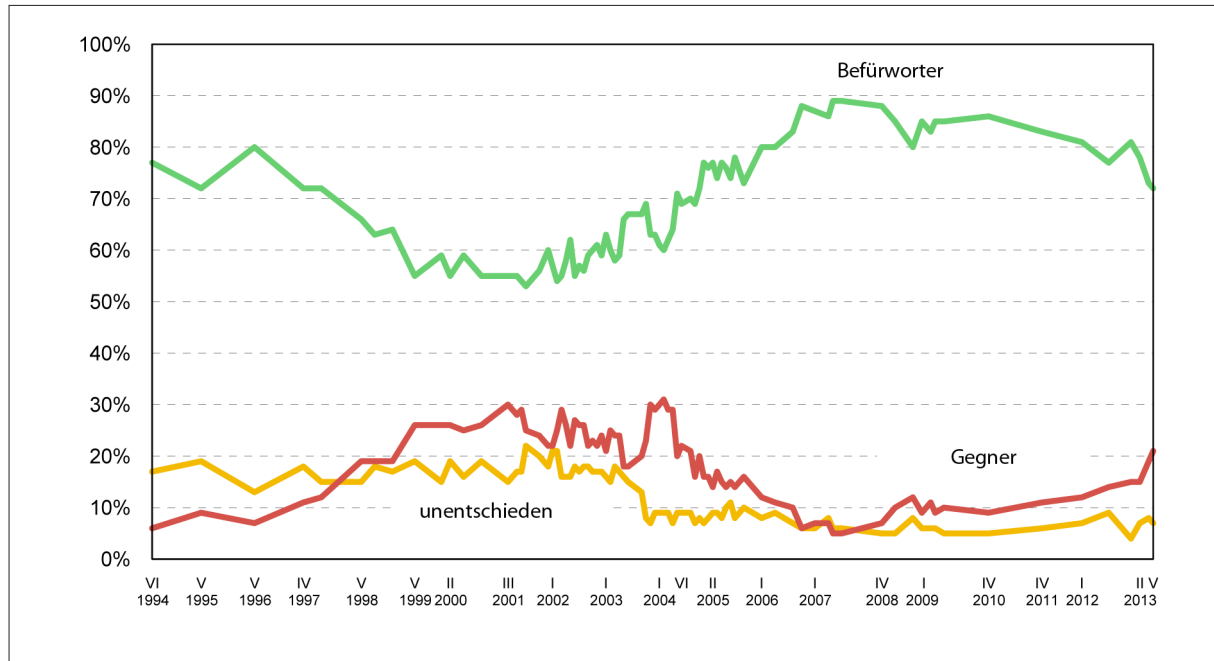
Quelle: CBOS BS/56/2013 *Instytucje i obywatele w Unii Europejskiej [Institutionen und Bürger in der Europäischen Union]*. Warszawa 04/2013. www.cbos.pl

Grafik 12: Würden Sie sich als ... bezeichnen? (%)



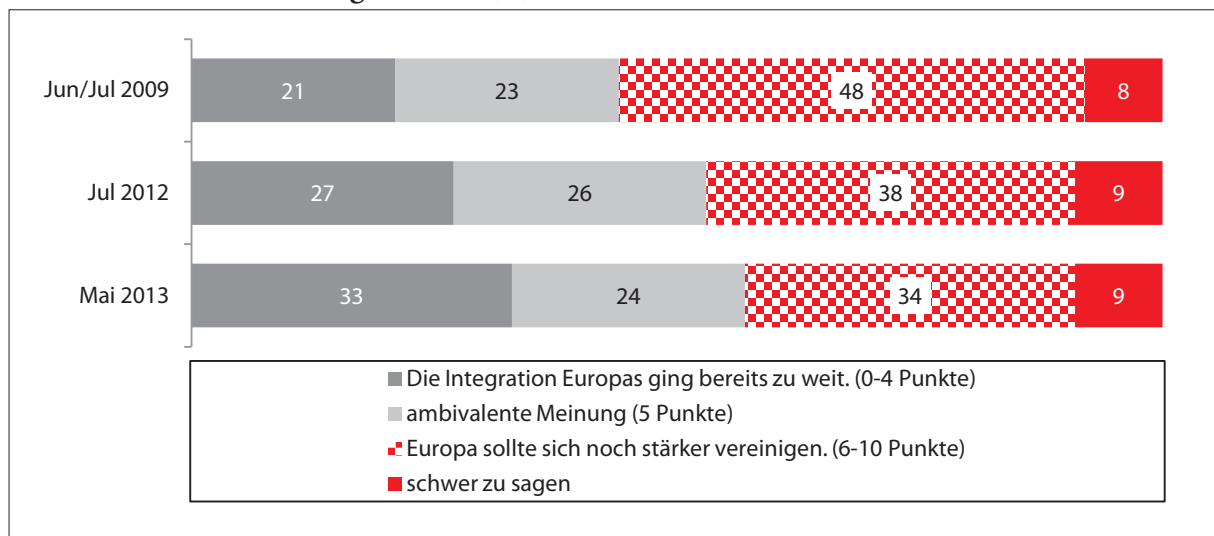
Quelle: CBOS BS/56/2013 *Instytucje i obywatele w Unii Europejskiej [Institutionen und Bürger in der Europäischen Union]*. Warszawa 04/2013. www.cbos.pl

Grafik 13: Die Einstellung zur Integration Polens in die Europäische Union (%)



Quelle: CBOS BS/72/2013 Stosunek Polaków do integracji europejskiej [Die Einstellung der Polen zur europäischen Integration]. Warszawa 05/2013. www.cbos.pl

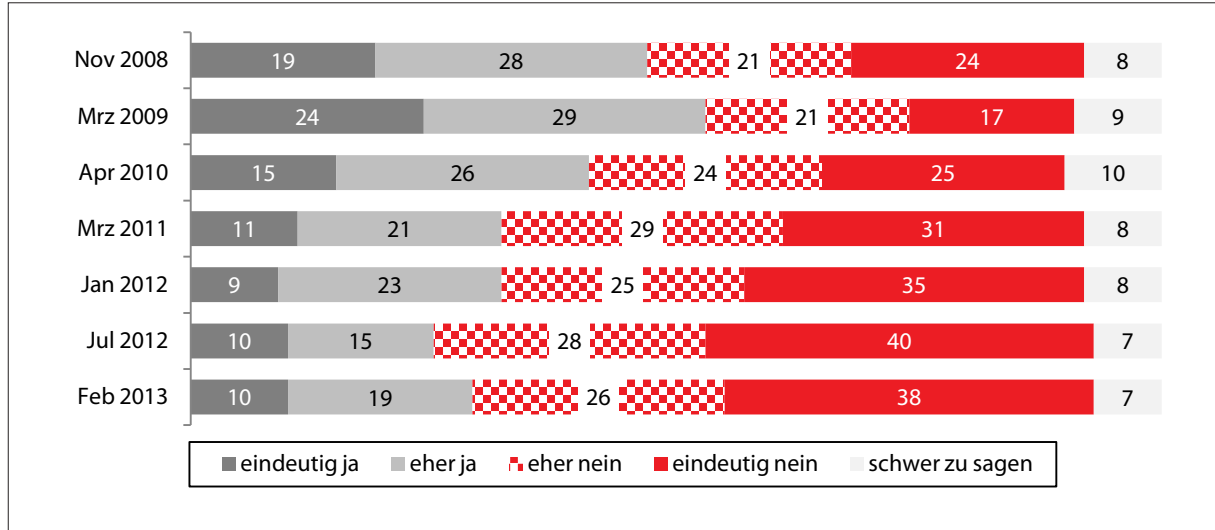
Grafik 14: Manche sind der Meinung, dass sich Europa noch stärker vereinigen sollte. Andere meinen, dass die Integration Europas bereits zu weit fortgeschritten ist. Welcher Meinung sind Sie? (%)*



*Die Einschätzung sollte auf einer Skala von 0 (Die Integration Europas ist bereits zu weit fortgeschritten) bis 10 (Europa sollte sich noch stärker vereinigen) eingeordnet werden.

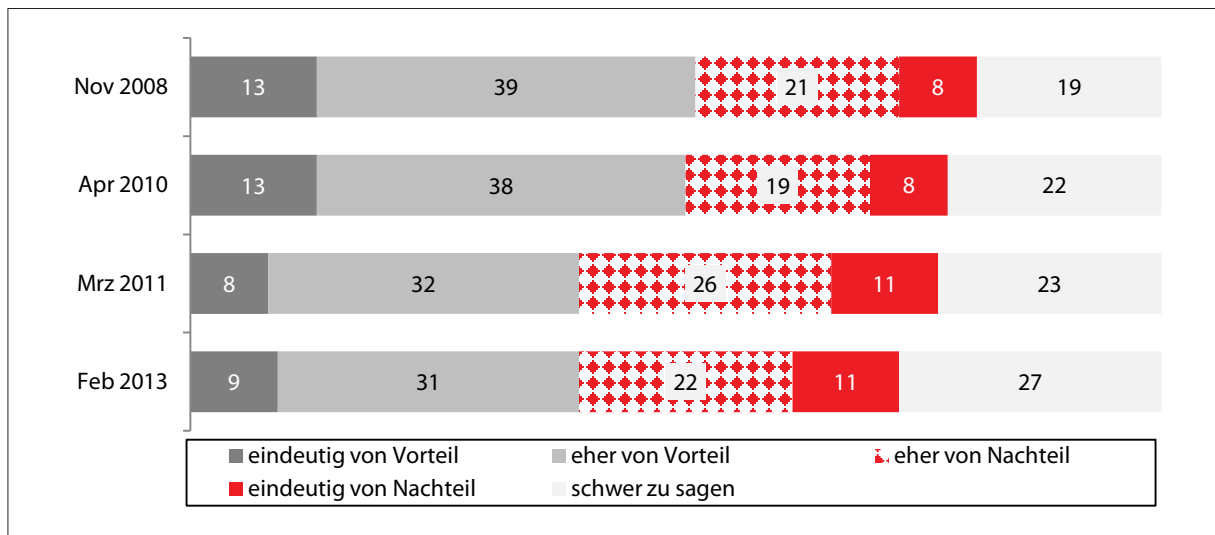
Quelle: CBOS BS/72/2013 Stosunek Polaków do integracji europejskiej [Die Einstellung der Polen zur europäischen Integration]. Warszawa 05/2013. www.cbos.pl

Grafik 15: Würden Sie der Ersetzung des polnischen Zloty durch den Euro zustimmen? (%)



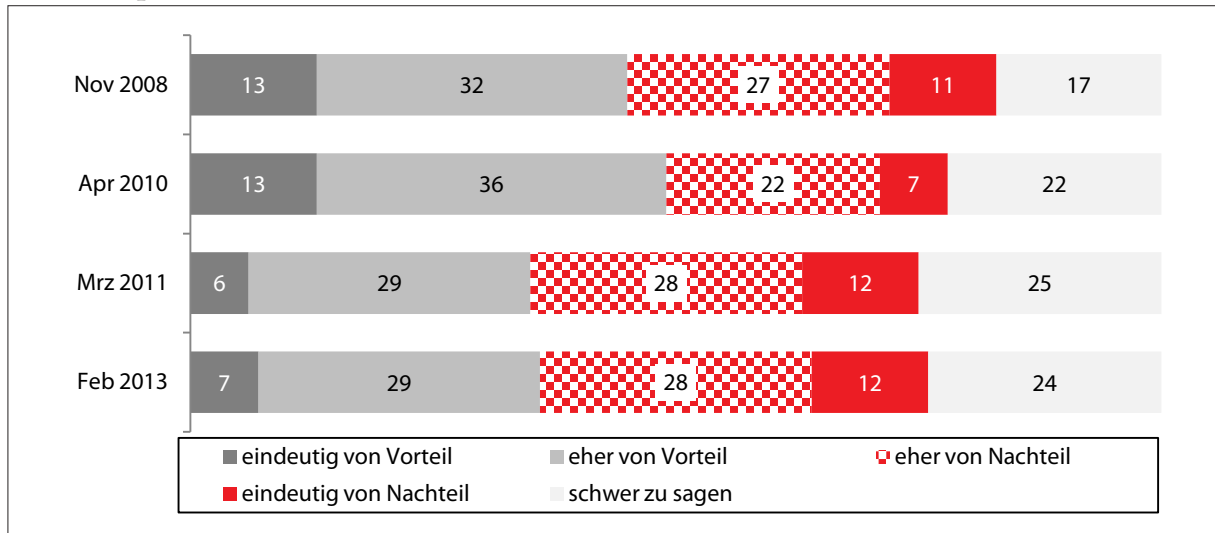
Quelle: CBOS BS/42/2013 *Obawy i nadzieje związane z wprowadzeniem euro w Polsce [Ängste und Hoffnungen verbunden mit der Einführung des Euro in Polen]*. Warszawa 03/2013. www.cbos.pl

Grafik 16: Wird die Einführung des Euro in Polen von Vorteil oder von Nachteil für polnische Unternehmer sein? (%)



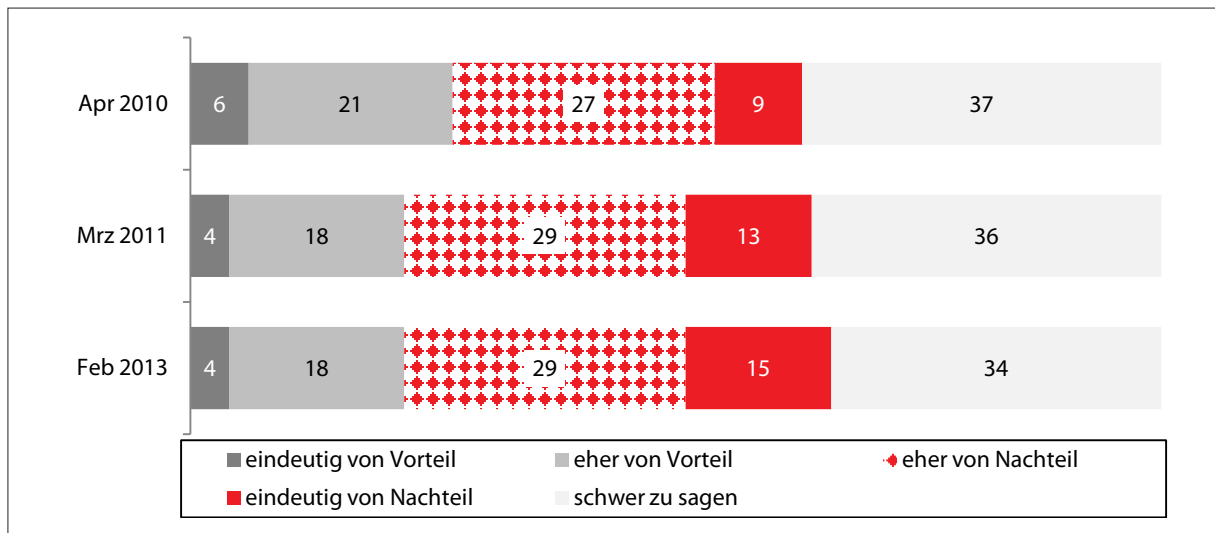
Quelle: CBOS BS/42/2013 *Obawy i nadzieje związane z wprowadzeniem euro w Polsce [Ängste und Hoffnungen verbunden mit der Einführung des Euro in Polen]*. Warszawa 03/2013. www.cbos.pl

Grafik 17: Wird die Einführung des Euro in Polen von Vorteil oder von Nachteil für die polnische Wirtschaft sein? (%)



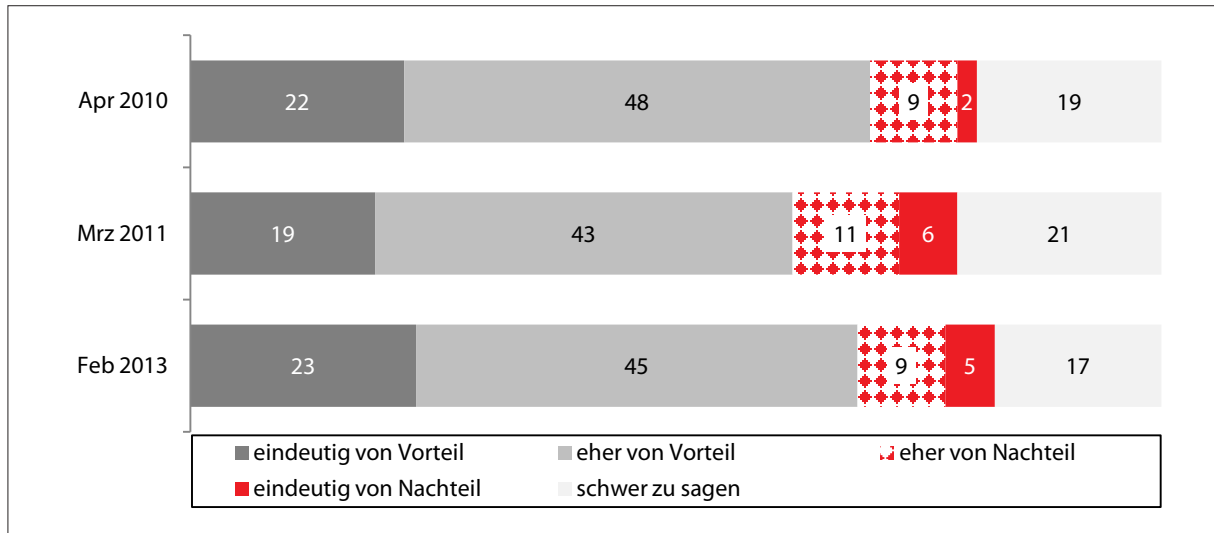
Quelle: CBOS BS/42/2013 *Obawy i nadzieje związane z wprowadzeniem euro w Polsce [Ängste und Hoffnungen verbunden mit der Einführung des Euro in Polen]*. Warszawa 03/2013. www.cbos.pl

Grafik 18: Wird die Einführung des Euro in Polen von Vorteil oder von Nachteil für Kreditnehmer bei Banken sein? (%)



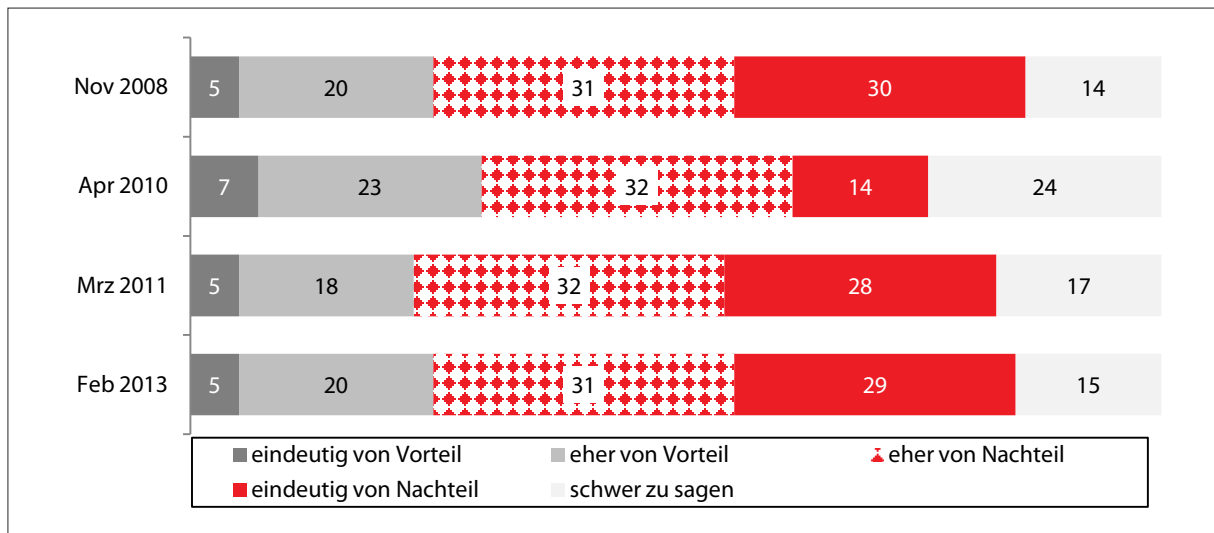
Quelle: CBOS BS/42/2013 *Obawy i nadzieje związane z wprowadzeniem euro w Polsce [Ängste und Hoffnungen verbunden mit der Einführung des Euro in Polen]*. Warszawa 03/2013. www.cbos.pl

Grafik 19: Wird die Einführung des Euro in Polen von Vorteil oder von Nachteil für Reisende ins Ausland sein? (%)



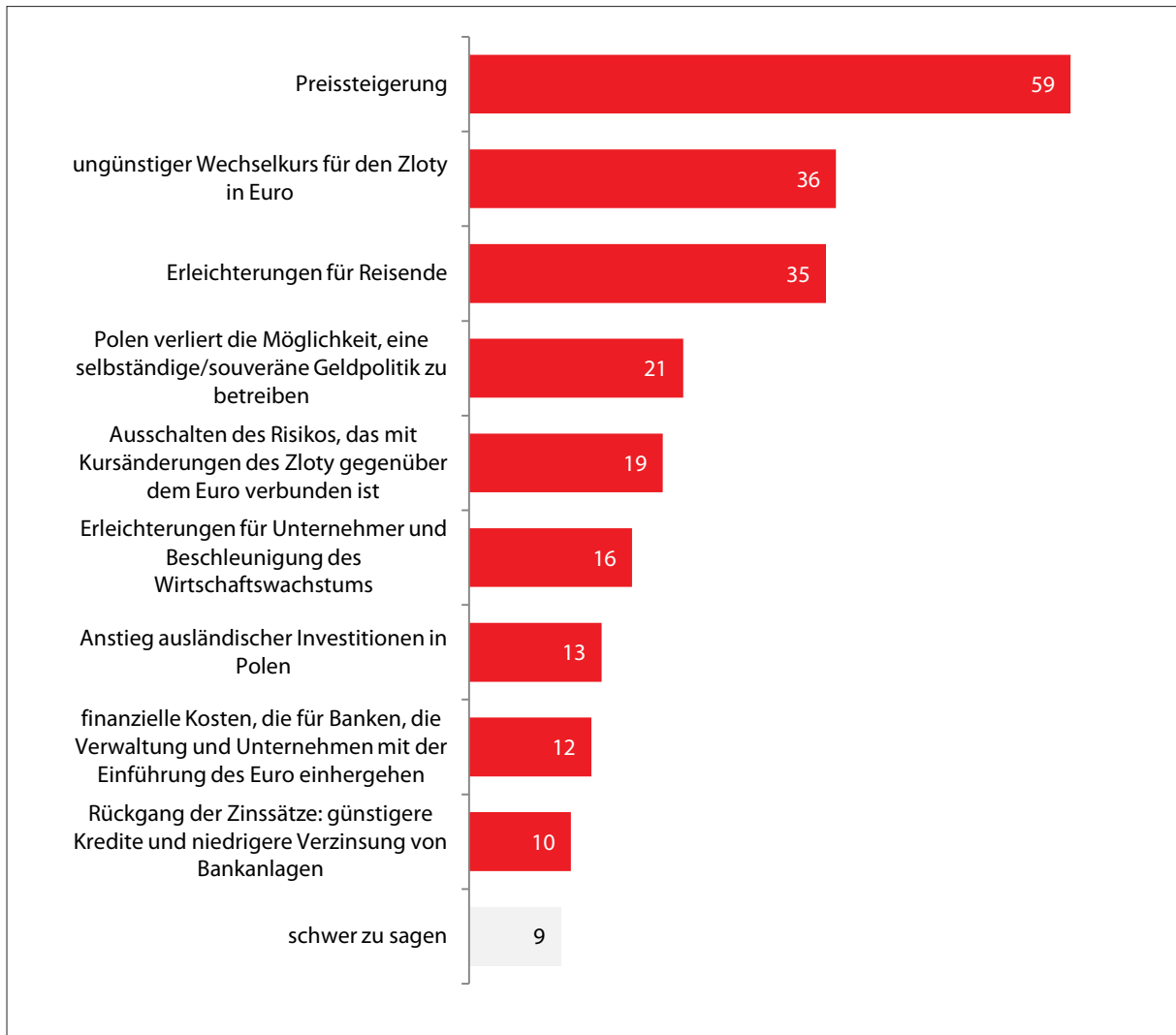
Quelle: CBOS BS/42/2013 *Obawy i nadzieje związane z wprowadzeniem euro w Polsce [Ängste und Hoffnungen verbunden mit der Einführung des Euro in Polen]*. Warszawa 03/2013. www.cbos.pl

Grafik 20: Wird die Einführung des Euro in Polen von Vorteil oder von Nachteil für Menschen wie Sie sein? (%)



Quelle: CBOS BS/42/2013 *Obawy i nadzieje związane z wprowadzeniem euro w Polsce [Ängste und Hoffnungen verbunden mit der Einführung des Euro in Polen]*. Warszawa 03/2013. www.cbos.pl

Grafik 21: Unabhängig davon, ob Sie die Einführung des Euro in Polen befürworten oder ablehnen, was wären aus Ihrer Sicht die wichtigsten potentiellen Folgen bei der Übernahme der europäischen Währung in Polen?* (%)



*Maximal durften drei Antworten genannt werden.

Quelle: CBOS BS/42/2013 *Obawy i nadzieje związane z wprowadzeniem euro w Polsce [Ängste und Hoffnungen verbunden mit der Einführung des Euro in Polen]. Warszawa 03/2013.* www.cbos.pl

Vom 2. Juli bis zum 2. September 2013

02.07.2013	Ministerpräsident Donald Tusk informiert, dass die Regierung den Bericht des Finanzministeriums und des Arbeitsministeriums über das Rentensystem erhalten hat und innerhalb der nächsten zwei Monate diskutieren wird. Der Bericht enthält Empfehlungen für Reformen im kapitalbasierten Teil des Rentensystems, dem Offenen Rentenfonds (Otwarty Fundusz Emerytalny – OFE).
03.07.2013	In Wisła endet das zweitägige Treffen der Staatspräsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn), an dem auch der Staatspräsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, teilnimmt. Staatspräsident Bronisław Komorowski nennt als Erfolge der Visegrád-Gruppe unter dem einjährigen polnischen Vorsitz das solidarische Auftreten bei EU-Haushaltsverhandlungen, die Unterzeichnung eines Memorandums zur Vorbereitung eines integrierten Gasliefersystems innerhalb der Visegrád-Gruppe und die Bildung einer gemeinsamen Kampfgruppe, die 2016 einsatzbereit sein soll. Diese zeige die Entschlossenheit der Länder, die gemeinsame EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu fördern, so Komorowski. Seit dem 1. Juli hat Ungarn den Vorsitz der Visegrád-Gruppe inne.
04.07.2013	Generalstaatsanwalt Andrzej Seremet unterstreicht nach einem Treffen mit Innenminister Bartłomiej Sienkiewicz, dass die Bekämpfung rassistisch motivierter Straftaten sowohl für die Staatsanwaltschaft als auch die Polizei Priorität haben sollte. Dafür sollten in den Bezirksstaatsanwaltschaften Staatsanwälte benannt werden, die, entsprechend geschult, für diese Fälle zuständig und sofort ansprechbar seien.
05.07.2013	In Krakau findet ein Treffen der Parlamentsvorsitzenden des Weimarer Dreiecks (Polen, Deutschland, Frankreich), Ewa Kopacz, Norbert Lammert und Claude Bartolone, statt. Thematisiert werden die Wirtschafts- und Währungsreformen der EU, die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Sejmarschallin Ewa Kopacz schlägt vor, künftig auch die Sozial- und die Familienpolitik in die Gespräche des Weimarer Dreiecks aufzunehmen, um die Integration Europas auch im sozialen Bereich zu fördern.
05.07.2013	Papst Franziskus unterschreibt zwei Dekrete über die Heiligsprechung des 2005 verstorbenen Papstes Johannes Paul II. Sie soll möglicherweise noch 2013 erfolgen.
06.07.2013	In Warschau trifft sich der Hauptrat (Rada Naczelna) der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL). Parteichef Janusz Piechociński kündigt einen Entwurf für ein neues Parteifinanzierungsgesetz an. Demnach sollen Parteien, die die 5-%-Hürde überschreiten, die Hälfte ihrer Wahlkampfkosten erstattet bekommen und die im Parlament vertretenen Parteien mit 5–6 Mio. Zloty jährlich aus dem Staatshaushalt sowie aus Mitgliedsbeiträgen finanziert werden.
07.07.2013	Im zweiten Wahlgang der vorgezogenen Neuwahlen für das Amt des Stadtpräsidenten in Elbing (Elbląg) gewinnt der Kandidat von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jerzy Wilk, vor Elżbieta Gelert (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO). PiS stellt nach den Wahlen auch die Mehrheit der Abgeordneten im Stadtrat. Die PO hat damit eine ihrer lokalen Hochburgen verloren.
08.07.2013	Staatspräsident Bronisław Komorowski und sein griechischer Amtskollege Karolos Papoulias unterzeichnen in Warschau Verträge über die Zusammenarbeit beider Länder in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft, Sport, Jugend und Massenmedien. Thematisiert wird außerdem die Wirtschaftskrise in Griechenland. Papoulias weist dabei auf die Bedeutung der europäischen Solidarität hin.
09.07.2013	In einer gemeinsamen Erklärung zum 70. Jahrestag der Massakers in Wolhynien appellieren der ehemalige Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski und sein ehemaliger ukrainischer Amtskollege Leonid Kutschma an die Bevölkerung beider Länder, das Gedenken nicht für negative Zwecke in den bilateralen Beziehungen zu instrumentalisieren und damit die bisherige Versöhnung aufs Spiel zu setzen. In Wolhynien waren Tausende Polen von ukrainischen Partisanen ermordet worden, dabei war es auch zu Vergeltungsmaßnahmen von polnischer Seite gekommen.
10.07.2013	Arbeitsminister Władysław Kosiniak-Kamysz teilt mit, dass sein Ressort einen Antrag an das Finanzministerium auf Freigabe von zirka 500 Mio. Zloty für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stellen wird.
11.07.2013	Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, nimmt in Warschau an zwei Debatten über die Zukunft der Europäischen Union teil.
12.07.2013	Der Sejm stimmt gegen den Gesetzesentwurf der Regierung, das Schlachten von Tieren nach religiösen Vorschriften von Juden und Muslimen wieder zu erlauben. Auch Abgeordnete der regierenden Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) stimmen gegen den Entwurf. Oberrabbiner Michael Schudrich wertet das Abstimmungsergebnis als Hinweis auf die Verachtung der Polen gegenüber Juden und droht mit seinem Rücktritt.

14.07.2013	In Kisielin (Ukraine) gedenken Staatspräsident Bronisław Komorowski und der stellvertretende Ministerpräsident der Ukraine, Konstantin Hryschtschenko, der Opfer eines Massakers in Wolhynien am 11. Juli 1943. An diesem Tag waren zirka 90 Polen, darunter Frauen und Kinder, von einer Abteilung der Ukrainischen Aufstandarmee (ukr.: UPA) ermordet worden.
15.07.2013	Ministerpräsident Donald Tusk beurteilt die Erklärung des israelischen Außenministeriums zum Verbot des Schächtens in Polen als »unangemessen«. Der Sejm hatte in der vergangenen Woche das aus Gründen des Tierschutzes bereits bestehende Verbot bestätigt. Israel kritisiert, dass dies den Bemühungen, das jüdische Leben in Polen wieder aufzubauen, schaden würde.
16.07.2013	Ministerpräsident Donald Tusk teilt mit, dass die Ministerien Einsparungen in Höhe von 8,5 bis 8,6 Mrd. Zloty vornehmen müssen und das diesjährige Haushaltsdefizit auf 16 Mrd. Zloty angehoben werden muss. Die Haushaltsnovelle sei aufgrund der geringeren Einnahmen im ersten Halbjahr notwendig geworden und werde im August von der Regierung vorgelegt werden.
17.07.2013	Michał Boni, Minister für Verwaltung und Digitalisierung, gibt bekannt, dass die Haltung der polnischen Regierung zum Schlachten von Tieren nach religiösen Vorschriften von Juden und Muslimen am nächsten Tag auf dem Treffen der europäischen Rabbiner in Brüssel vorgestellt werden wird. In der vergangenen Woche hatte die Ablehnung des Gesetzesentwurfs der Regierung zum Schächtten von Tieren im Sejm internationale Proteste der jüdischen Gemeinschaft hervorgerufen. Boni teilt mit, dass er bereits das Regierungszentrum für Gesetzgebung (Rządowe Centrum Legislacji) ersucht hat, zur Zulässigkeit des Schächtens für den Eigenbedarf bestimmter Bekenntnisgruppen Stellung zu nehmen. In der polnischen Verfassung ist die Pflege von religiösen Ritualen vorgesehen.
18.07.2013	Auf einer Pressekonferenz kündigen die Vorsitzenden dreier großer Gewerkschaften, Piotr Dudek (Solidarność), Jan Guz (OPZZ) und Tadeusz Chwałka (FZZ), für September einen mehrtägigen, umfassenden Streik in Warschau unter dem Motto »Genug mit der Nichtbeachtung der Gesellschaft« sowie die Bereitschaft zu weiteren mehrmonatigen Protesten an. Sie fordern die Rücknahme der Änderungen im Arbeitsrecht zu den Arbeitszeiten, den Rücktritt des Ministers für Arbeit und Soziales, Władysław Kosiniak-Kamysz, und eine Verfassungsänderung zu Referenden, um die direkte Demokratie in Polen zu stärken. Im Juni hatten die Gewerkschaftsvertreter die Verhandlungen der sogenannten dreiseitigen Kommission, zu der Vertreter der Regierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften gehören, mit dem Vorwurf verlassen, dass die Regierung mit der Arbeitgeberseite koaliere.
19.07.2013	Nach einem Treffen mit Ministerpräsident Donald Tusk in Warschau bekräftigt der Regierungschef von Georgien, Bidzina Iwaniszwili, die Annäherung Georgiens an die euroatlantischen Strukturen als Strategie seiner Regierung. Grundsätzlich strebe Georgien nach voller Mitgliedschaft in der EU und der NATO und schätze die dahingehenden Bemühungen Polens. Georgien soll während des Gipfels der Östlichen Partnerschaft im November in Wilna neben Armenien und Moldawien ein Assoziierungsabkommen mit der EU paraphieren.
20.07.2013	Während der Feierlichkeiten zum »Tag des Polizisten« (24. Juli) bekräftigt Ministerpräsident Donald Tusk seine Empfehlung an das Innenministerium, trotz notwendiger Sparmaßnahmen im Zuge der Haushaltsnovelle keine Einsparungen bei der Polizei vorzunehmen. Im August soll der neue Haushaltsentwurf vorgelegt werden.
22.07.2013	Die Initiatoren eines Antrags auf ein Referendum über die Abberufung der Stadtpräsidentin von Warschau, Hanna Gronkiewicz-Waltz (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), übergeben dem Wahlkommissar 232.000 Unterschriften zugunsten des Antrag auf ein Referendum. Dies sind knapp 100.000 Unterschriften mehr als notwendig. Gronkiewicz-Waltz ist Vize-Vorsitzende der PO.
23.07.2013	Nach Einschätzung von Finanzminister Jacek Rostowski in der Sejmdebatte über den Regierungsvorschlag zur Haushaltsnovelle ist die Aussetzung der Schuldenbremse, die eine öffentliche Verschuldung von bis zu 50% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zulässt, für die Erarbeitung der Haushaltsnovelle 2013 und des Budgets für 2014 notwendig. Andernfalls würden spürbare Ausgabeneinschnitte in Höhe von 25 Mrd. Zloty oder Steuererhöhungen notwendig.
24.07.2013	In Krakau treffen sich die Innenminister der Mitgliedsstaaten des Weimarer Dreiecks (Polen, Deutschland, Frankreich), Bartłomiej Sienkiewicz, Hans-Peter Friedrich und Manuel Valls. Thematisiert werden der Grenzschutz der EU, insbesondere die Übermittlung von Fluggastdatensätzen, und Fragen der Liberalisierung der Visapolitik.
25.07.2013	In einem Interview mit der Tageszeitung »Rzeczpospolita« erklärt der ehemalige Justizminister Jarosław Gowin (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), dass Ministerpräsident Donald Tusk (PO) dem Parteivorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, den Weg zur Amtsübernahme ebne, da sich die PO von ihren alten Forderungen und Zielen weit entfernt habe. Gowin kandidiert gegen Tusk um das Amt des PO-Parteivorsitzes.

26.07.2013	Der Sejm stimmt mit 235 gegen 210 Stimmen (fünf Enthaltungen) für die Aussetzung der Schuldenbremse, die eine öffentliche Verschuldung von bis zu 50 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zulässt. Damit ist der Weg für die Haushaltsnovelle 2013 freigegeben. Die Regierung will das Haushaltsdefizit um 16 Mrd. Zloty erhöhen und außerdem 8 Mrd. Zloty aus Einsparungen in den Ministerien gewinnen. Die Abgeordneten Jarosław Gowin, John Godson und Jacek Żalek (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) enthalten sich und verstoßen damit gegen die Fraktionsdisziplin.
27.07.2013	In einem Interview in der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« kritisiert die Ministerin für Wissenschaft und Schulwesen, Barbara Kudrycka, dass etliche Studiengänge in Polen nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprächen, da sie keine praktische Ausbildungseinheit beinhalteten. In der aktuellen Gesetzesnovelle für das Hochschulwesen sei dieses Defizit berücksichtigt worden. Vorbildlich seien die Ausbildungssysteme von Fachhochschulen in Deutschland und Österreich.
28.07.2013	Papst Franziskus lädt auf dem XXVIII. Weltjugendtag der römisch-katholischen Kirche in Rio de Janeiro zum nächsten Weltjugendtag 2016 nach Krakau ein.
29.07.2013	Jarosław Gowin, Gegenkandidat von Ministerpräsident Donald Tusk für den Parteivorsitz der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), kritisiert Tusk, dass dieser einer programmatischen Debatte mit ihm über die Lage der PO ausweiche. Daher müsse er seine Wahlkampagne mit Hilfe der Medien führen.
30.07.2013	Laut Berichten mehrerer polnischer Tageszeitungen hat das Konsulat der Republik Polen im russischen Kaliningrad (Königsberg) bereits 100.000 Berechtigungsscheine für den Kleinen Grenzverkehr ausgegeben. Der Vertrag über den Kleinen Grenzverkehr zwischen der Oblast Kaliningrad auf russischer Seite und Kreisen der Woiwodschaften Ermland-Masuren (woj. warmińsko-mazurskie) und Pommern (woj. pomorskie) auf polnischer Seite trat Ende Juli 2012 in Kraft.
31.07.2013	Nach aktuellen Angaben von Eurostat betrug die Arbeitslosenquote in Polen im Juni 10,6 % im Vergleich zu 10,7 % im Mai. Im Durchschnitt der EU-27 betrug die Quote in beiden Monaten 11 %. Nach Messmethoden des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Arbeitslosenquote im Juni in Polen 13,2 %.
01.08.2013	Das Außenministerium teilt mit, dass das NATO-Hauptquartier General Janusz Bojarski, ehemaliger Chef der polnischen Militärischen Nachrichtendienste (Wojskowe Służby Informacyjne – WSI), zum Kommandanten in der Verteidigungsakademie der NATO in Rom (Akademia Obrony NATO) gewählt hat. Dies sei eine der wesentlichen Positionen in den Strukturen des Bündnisses.
01.08.2013	In Warschau findet die zentrale Gedenkveranstaltung zum 69. Jahrestag des Beginns des Warschauer Aufstands gegen die deutsche Besatzung statt. Anwesend sind neben Staatspräsident Bronisław Komorowski und Ministerpräsident Donald Tusk u.a. Vertreter der Kombattantenverbände, des Sejm und des Senats, der Stadt Warschau und des Klerus.
02.08.2013	Auf einer Pressekonferenz bezeichnet Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), es als Provokation, dass der in Warschau stattfindende UNO-Klimagipfel am 11. November, dem polnischen Nationalfeiertag der Unabhängigkeit (11.11.1918), beginnen soll. Zu solchen Gipfeln würden krawallbereite Gegendemonstranten anreisen und es liege in der politischen und strafrechtlichen Verantwortung der Regierung, Zusammenstöße zwischen »polnischen Patrioten« und »krawallbereiten Elementen« zu verhindern.
03.08.2013	Nach aktuellem Bericht des Innenministeriums verringerte sich im Jahr 2012 die Anzahl der Gewaltverbrechen im Vergleich zum Jahr 2011 von 794.000 auf 781.000. Dagegen wurden mehr Straftaten im Zusammenhang mit der Produktion, dem Handel und dem Besitz von Drogen verzeichnet. In dem Bericht wird angemahnt, besondere Aufmerksamkeit auf die Beteiligung polnischer Bürger beim Schmuggel synthetischer Drogen in Westeuropa und Skandinavien sowie beim Kokainschmuggel aus Südamerika zu richten.
04.08.2013	Der Vorsitzende der Palikot-Bewegung (Ruch Palikota), Janusz Palikot, ruft in einem offenen Brief an die Mitglieder der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) dazu auf, gemeinsam zu den Grundsätzen aus der Anfangsphase der PO zurückzukehren. Die PO hätte ihre Ideale einer wirtschaftlich liberalen und sozialen Partei zugunsten ihres Machterhalts aufgegeben, kritisiert Palikot. Eine Wahl zwischen dem »Administrator« Donald Tusk und dem »Konservativen« Jarosław Gowin, die für den Parteivorsitz kandidieren, würde daran nichts ändern.
05.08.2013	Umweltminister Marcin Korolec teilt mit, dass er keine außerordentliche Gefahr darin sieht, dass sich der im November in Warschau stattfindende UNO-Klimagipfel mit dem polnischen Staatsfeiertag der Unabhängigkeit (11.11.1918) überschneidet. Wenige Tage zuvor hatte dies Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), scharf kritisiert, da er Ausschreitungen von Globalisierungsgegnern im Zusammenhang mit dem u.a. von PiS organisierten »Marsch der Unabhängigkeit« befürchtet.

06.08.2013	Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit betrug die Arbeitslosenquote Ende Juli 13,1 % gegenüber 13,2 % im Vormonat.
07.08.2013	Landwirtschaftsminister Stanisław Kalemba gibt bekannt, dass die Europäische Kommission zirka 127 Mio. Euro zum Zweck der Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe bereitstellt. Die Summe wird aus anderen landwirtschaftlichen Programmen der EU abgezogen.
08.08.2013	Die Militärische Hauptstaatsanwaltschaft (Naczelna Prokuratura Wojskowa) teilt mit, dass die aktuellen Entnahmen von Materialproben im Flugzeugwrack des Flugzeugunglücks von Smolensk (Russland) im Jahr 2010 beendet worden sind und anschließend in Polen analysiert werden. Hintergrund ist die weitere Suche nach der Ursache des Flugzeugabsturzes.
09.08.2013	Das Statistische Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) informiert, dass der Durchschnittslohn im II. Quartal 2013 3.612,51 Zloty (zirka 835 Euro) betrug.
10.08.2013	Der Woiwode der Woiwodschaft Großpolen (woj. wielkopolskie), Piotr Florek, beschließt, die Fantribüne im Inea Stadion in Posen (Poznań) für das Fußballspiel zwischen Lech Poznań und Korona Kielce am nächsten Tag aus Sicherheitsgründen zu schließen. Zwei Tage zuvor hatten auf dieser Tribüne Hooligans beim Europa-League-Qualifikationsspiel von Lech Poznań gegen den litauischen Verein Žalgiris Vilnius (Wilna/Litauen) ein Transparent mit der Aufschrift »Litauischer Dreckskerl, knie nieder vor dem polnischen Herrn« gezeigt. Die Außenministerien Polens und Litauens hatten die Tat scharf verurteilt.
12.08.2013	Nach aktuellen Angaben der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) importierte Polen im ersten Halbjahr 2013 Waren im Wert von 74,6 Mrd. Euro. Der Export belief sich auf 74,1 Mrd. Euro. Im Juni 2013 betrug der Import 12,2 Mrd. Euro und der Export 12,7 Mrd. Euro.
13.08.2013	Die Europäische Kommission fordert im Rahmen des Rechnungsabschlussverfahrens von Polen EU-Agrargelder in Höhe von 39,2 Mio. Euro (u.a. wegen Mängeln bei Kontrollen) zurück.
15.08.2013	Ślawomir Mrozek, einer der bedeutendsten polnischer Dramaturgen und Schriftsteller der Gegenwart, verstirbt in Nizza im Alter von 83 Jahren.
16.08.2013	Ministerpräsident Donald Tusk teilt den Abzug weiterer Soldaten des polnischen Kontingents in Afghanistan mit. Ab Oktober sollen nur noch 1.000 Soldaten im Rahmen des NATO-Einsatzes vor Ort sein. Am Vortag hatte Staatspräsident Bronisław Komorowski während der Feierlichkeiten zum »Tag der Polnischen Armee« eine Abkehr von der übereifrigen Politik der Entsendung polnischer Soldaten zu Auslandseinsätzen bekanntgegeben.
18.08.2013	Der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Janusz Piechociński kommentiert die Information der Nachrichtenagentur Reuters über eine angebliche Entlassung des Finanzministers Jacek Rostowski als Gerücht, das der nachrichtenarmen Sommerzeit geschuldet sei. Eine Regierungsumbildung sei für November vorgesehen.
19.08.2013	Auf einer Pressekonferenz bewertet Jarosław Gowin, Gegenkandidat von Ministerpräsident Donald Tusk für den Parteivorsitz der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), die vorläufig festgestellte Wahlbeteiligung von 45 % bei der PO-Mitgliederabstimmung über den Parteivorsitz als Niederlage. Dennoch werde die PO durch die Wahl gestärkt, da im Wahlkampf das eigentliche Programm der PO wieder ins Bewusstsein gerückt worden sei. Er beabsichtige nicht, zu Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zu wechseln oder eine eigene Partei zu gründen.
20.08.2013	Der Senat der Niederschlesischen Hochschule (Dolnośląska Szkoła Wyższa) in Breslau (Wrocław) beschließt, dem Soziologen Prof. Zygmunt Bauman die Ehrendoktorwürde zu verleihen. Vorangegangen war die Bitte Baumans an den Rektor der Hochschule, ihm den Titel nicht zu verleihen, um Attacken rechtsnationaler Gruppierungen zu vermeiden. Solche Angriffe waren eingetreten, als die Breslauer Universität (Uniwersytet Wrocławski) im Juni Bauman den Ehrentitel verliehen hatte. Auch im Zusammenhang mit der Entscheidung der Niederschlesischen Hochschule kam es im Internet zu massiven verbalen Übergriffen auf Bauman vor allem antisemitischen Inhalts.
21.08.2013	Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Warschau ruft in einer Erklärung dazu auf, am Referendum über die Abberufung der Stadtpräsidentin von Warschau, Hanna Gronkiewicz-Waltz (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), am 13. Oktober teilzunehmen. Die Stimmabgabe sei ein Ausdruck der Demokratie. Vorher hatten führende PO-Politiker mitgeteilt, dass sie erwägen, nicht am Referendum teilzunehmen. Jeder weitere Tag der Amtsausübung der Stadtpräsidentin entferne Warschau von der Position, die führende Metropole in Ostmitteleuropa zu sein, so die Erklärung weiter.

22.08.2013	Der Vorsitzende der Gesamtpolnischen Gewerkschaftsbundes (Ogólnopolski Związek Zawodowy – OPZZ), Jan Guz, kündigt auf einer Pressekonferenz Protestaktionen vom 11. bis zum 14. September in Warschau an. Diese seien gegen die Regierungspolitik, u.a. die Änderungen im Arbeitsrecht und die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, gerichtet und würden die Abberufung des Arbeitsministers Władysław Kosiniak-Kamysz und ein Gesetz für einen schnelleren Anstieg des Mindestlohns und mehr Arbeitslosenunterstützung fordern. Im Juli hatten die Zentralen der drei großen Gewerkschaften einen Ausschuss zur Organisation der Protestaktionen gebildet.
23.08.2013	In einem Brief des Innenministeriums an den Präsidenten der UEFA, Michel Platini, werden die UEFA und der Polnische Fußballverband (Polski Związek Piłki Nożnej – PZPN) aufgefordert, die staatlichen Organe bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit und öffentlichen Ordnung im Zusammenhang mit Fußballspielen zu unterstützen. Die Zusammenarbeit soll u.a. ethisch, politisch oder religiös motivierte Aggressionen bei Fußballspielen verhindern. Hintergrund ist das Europa-League-Qualifikationsspiel von Lech Poznań (Posen) gegen den litauischen Verein Žalgiris Vilnius (Wilna/Litauen) Mitte des Monats, bei dem polnische Hooligans ein Transparent mit beleidigender Aufschrift gegenüber Litauen gezeigt hatten.
23.08.2013	Die Wahlkommission der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) gibt bekannt, dass Ministerpräsident Donald Tusk mit 79, 58 % als Parteivorsitzender bestätigt wurde. Der ehemalige Justizminister Jarosław Gowin erhielt 20,42 % der Stimmen. Stimmberechtigt waren alle PO-Mitglieder, die Wahlbeteiligung lag bei 51,12 %.
24.08.2013	In der Provinz Ghazni (Afghanistan) kommt ein polnischer Soldat bei der Entschärfung von explosivem Material ums Leben. Der Einsatz fand gemeinsam mit einer afghanischen Antiterrorereinheit statt. Polen engagiert sich seit 2007 im Rahmen der ISAF-Truppen in Afghanistan. Dabei sind bisher 41 polnische Militärangehörige ums Leben gekommen.
26.08.2013	In Balatonfüred (Ungarn) treffen sich die Minister für Europäische Angelegenheiten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn). Thematisiert wird u.a. die Energiepolitik. Der Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten im Außenministerium, Piotr Serafin, unterstreicht, je effektiver der Plan umgesetzt werde, einen gemeinsamen Gasmarkt der Visegrád-Gruppe als Antwort auf die Aufgabe des Nabucco-Pipeline Projektes zu begründen, desto mehr EU-Mittel könnten gewonnen werden.
27.08.2013	Der Abgeordnete der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) John Godson tritt aus der Partei und der Fraktion aus. Hauptkritikpunkt sei, dass bei Abstimmungen über weltanschauliche Fragen nicht Gewissensfreiheit, sondern Fraktionszwang gegolten habe. Godson wird zum konservativen Flügel der PO gerechnet. Er bleibt als unabhängiger Parlamentarier im Sejm.
28.08.2013	Im Sejm findet eine Debatte über die Ende Juli verabschiedete Haushaltsnovelle statt. Von der Opposition wird wiederholt der Rücktritt von Finanzminister Jacek Rostowski und eine andere Wirtschaftspolitik gefordert.
29.08.2013	Das Finanzministerium bereitet einen Gesetzesentwurf vor, der die Beibehaltung des Mehrwertsteuersatzes von 23 % für weitere drei Jahre vorsieht. Die Erhöhung von 22 auf 23 % war vor drei Jahren erfolgt und sollte Anfang 2014 wieder zurückgenommen werden. Die Beibehaltung solle das Ungleichgewicht in den öffentlichen Finanzen begrenzen, so die Begründung.
30.08.2013	Der Vorsitzende der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarność (Niezależny Samorządny Związek Zawodowy – NSZZ Solidarność), Piotr Dudek, ruft in Stettin (Szczecin) anlässlich der Jahrestage der großen Streikbewegungen von 1980 und 1988 dazu auf, an den geplanten Protesten gegen die Regierungspolitik Mitte September in Warschau teilzunehmen. Die Arbeiter seien von der liberalen Elite der einstigen Solidarność-Bewegung verraten worden.
31.08.2009	Auf einer Fraktionssitzung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) wird ein Antrag auf Abberufung von Landwirtschaftsminister Stanisław Kalemba beschlossen. Kalemba würde die Landwirte und die öffentliche Meinung nicht wahrheitsgemäß über die Finanzverhandlungen mit der EU informieren. Die zugesprochenen finanziellen Mittel würden erheblich niedriger ausfallen als dargestellt.
01.09.2013	Auf der Westerplatte in Danzig (Gdańsk) findet die zentrale Gedenkveranstaltung zum Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 74 Jahren statt. Bezogen auf die aktuelle Situation in Syrien bewertet Ministerpräsident Donald Tusk einen möglichen Raketenangriff auf Syrien als Reaktion auf den syrischen Giftgaseinsatz gegen die Zivilbevölkerung als verständlich und erforderlich. Einige Tage zuvor hatte er die Teilnahme Polens an einem solchen Einsatz ausgeschlossen.
02.09.2013	In Kielce eröffnet Staatspräsident Bronisław Komorowski den XXI. Internationalen Salon der Rüstungsindustrie mit zirka 400 Ausstellern aus 24 Ländern.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław (Breslau) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2013 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen